

Allgemeine Geschäftsbedingungen ICBC Austria Bank GmbH (im Folgenden “das Kreditinstitut” genannt) Gültig ab 1.10.2025

ALLGEMEINER TEIL

I. GRUNDREGELN FÜR DIE BEZIEHUNG ZWISCHEN KUNDE UND KREDITINSTITUT

A. Geltungsbereich und Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

1. Geltungsbereich

Z 1. (1) Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (im Folgenden „AGB“) gelten für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und allen Geschäftsstellen des Kreditinstituts. Die Geschäftsverbindung umfasst alle einzelnen Geschäftsbeziehungen zwischen dem Kunden und dem Kreditinstitut, daher sowohl

- Verträge über wiederholte oder andauernde Leistungen mit bestimmter oder unbestimmter Laufzeit, wie insbesondere Rahmenverträge für Zahlungsdienste (z. B. Girokontovertrag) und Wertpapierdienstleistungen, Depotverträge, Kreditverträge, (im Folgenden „Dauerverträge“)
- als auch Verträge, die der Kunde gelegentlich mit dem Kreditinstitut über einzelne Geschäfte abschließt, wie insbesondere Geschäfte in Valuten und Edelmetallen oder auch einzelne Zahlungs- oder Wertpapierdienstleistungen, die in keinem Dauervertrag vereinbart wurden (im Folgenden „Einzelverträge“).

Vorrangig gelten Bestimmungen in mit dem Kunden getroffenen Vereinbarungen oder in Sonderbedingungen.

(2) Die Begriffe „Verbraucher“ und „Unternehmer“ werden im Folgenden im Sinn des Konsumentenschutzgesetzes verstanden.

2. Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und der Rahmenverträge für Zahlungsdienste

Z 2. (1) Änderungen dieser AGB werden dem Kunden vom Kreditinstitut spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Inkrafttretens unter Hinweis auf die betroffenen Bestimmungen angeboten. Die Zustimmung des

General Terms and Conditions ICBC Austria Bank GmbH (hereafter referred to as “the bank”) Valid from October 1st 2025

GENERAL PROVISIONS

I. BASIC RULES FOR BUSINESS RELATIONS BETWEEN CUSTOMER AND BANK

A. Scope of and amendments to these General Terms and Conditions

1. Scope of the Terms and Conditions

Section 1 (1) These General Terms and Conditions (hereafter referred to as GTC) shall be applicable to the overall business relation between the customer and all branches of the bank.

The business relationship shall be understood to encompass all individual business transactions between the customer and the bank and, therefore,

- also all contracts regarding recurring or continuous services over specified or unspecified terms, particularly including master agreements for payment services (e.g. current account agreement), credit agreements, (hereafter referred to as "permanent contracts")
- as well as contracts entered into by the customer with the bank from time to time, particularly including transactions in foreign currencies and precious metals or individual payment or securities services not included in any permanent contracts (hereafter referred to as "individual contracts")

Terms and conditions of agreements concluded with the customer or special terms and conditions shall prevail.

(2) The terms “consumer” and “entrepreneur” are used hereafter in the meaning as defined in the Consumer Protection Act.

2. Amendments to the General Terms and Conditions and the Master Agreements for Payment Services

Section 2 (1) The bank will propose changes to these GTC to the customer no later than two months prior to the proposed time of their entry into force, pointing out the provisions affected.

Kunden gilt als erteilt, wenn beim Kreditinstitut vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens kein Widerspruch des Kunden einlangt. Darauf wird das Kreditinstitut den Kunden im Änderungsangebot hinweisen. Außerdem wird das Kreditinstitut eine Gegenüberstellung über die von der Änderung der AGB betroffenen Bestimmungen sowie die vollständige Fassung der neuen AGB auf seiner Internetseite veröffentlichen und die Gegenüberstellung dem Kunden auf sein Verlangen zur Verfügung stellen. Auch darauf wird das Kreditinstitut im Änderungsangebot hinweisen. Das Änderungsangebot ist einem Kunden, der Verbraucher ist, mitzuteilen. Gegenüber einem Unternehmer ist es ausreichend, das Angebot über die Änderung auf eine mit dem Unternehmer vereinbarte Weise zum Abruf bereit zu halten.

(2) Die Mitteilung an den Kunden über die angebotenen Änderungen erfolgt per Post an die letzte vom Kunden bekannt gegebene Anschrift oder elektronisch an die letzte vom Kunden bekannt gegebene eMail-Adresse.

(3) Im Falle einer solchen beabsichtigten Änderung der AGB hat der Kunde, der Verbraucher ist, das Recht, seine Rahmenverträge für Zahlungsdienste (insbesondere den Girokontovertrag) vor dem Inkrafttreten der Änderung kostenlos fristlos zu kündigen. Darauf wird das Kreditinstitut im Änderungsangebot hinweisen.

(4) Der Absatz (1) gilt auch für Änderungen von Rahmenverträgen zwischen dem Kunden und dem Kreditinstitut. Für Änderungen von Rahmenverträgen für Zahlungsdienste gilt darüber hinaus auch Absatz (3).

(5) Die vorstehenden Absätze (1) und (3) finden auf die Änderung der Leistungen des Kreditinstitutes und Entgelte des Kunden keine Anwendung. Für diese Änderungen gelten die Ziffern 43. bis 45., soweit diese mit dem Kunden nicht individuell vereinbart werden.

B. Abgabe von Erklärungen

1. Aufträge des Kunden

Z 3. (1) Aufträge sind schriftlich zu erteilen. Der Kunde kann den Auftrag auch auf einer für diesen Zweck vom Kreditinstitut allenfalls bereit gehaltenen Vorrichtung zur elektronischen Erfassung der Unterschrift erteilen.

(2) Das Kreditinstitut ist auch berechtigt, die ihm mittels Telekommunikation (insbesondere telefonisch, fernschriftlich, mittels Telefax oder Datenfernübertragung) erteilten Aufträge

The customer's consent shall be deemed given, unless the bank receives an objection from the customer prior to the proposed time at which such changes enter into force. The bank shall point this out to the customer in the amendment proposal. In addition, the bank shall publish a comparison of the provisions of the GTC affected by the change, as well as the complete version of the new GTC on its website and provide this comparison to the customer at the latter's request. The bank shall also point this out in the amendment proposal. The customer who qualifies as a consumer must be notified of the amendment proposal. In business relations with an entrepreneur, it shall suffice to keep the envisaged amendment available for retrieval in a manner agreed with the entrepreneur.

(2) The notification to the customer of the offered changes is made by post to the last address given by the customer or electronically to the last email address given by the customer.

(3) In case of such an intended amendment of the GTC, the customer who qualifies as a consumer shall be entitled to terminate his/her master agreement for payment services (especially the current account agreement) without notice and free of charge prior to such amendment becoming effective. The bank shall point this out in the amendment proposal.

(4) Subsection (1) shall likewise be applicable for amendments to permanent contracts between the customer and the bank. In addition, subsection (3) shall be applicable for amendments to the master agreements for payment services.

(4) The foregoing subsections (1) and (3) are not applicable to changes of services by the bank as well as the customer's fees. Sections 43. through 45. shall be applicable to these changes, unless they are separately agreed upon with the customer.

B. Submission of Statements

1. Customer Orders

Section 3. (1) Orders shall be made in writing. The customer may also place an order by using a facility for the recording of electronic signatures made available by the bank for this purpose.

(2) However, the bank shall also be entitled to carry out instructions given via telecommunications (in particular over the phone, via cable, fax or remote data transmission). Subject to the fulfilment of all other prerequisites, the bank shall be obliged to carry

durchzuführen. Zur Durchführung solcher Aufträge ist das Kreditinstitut bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen nur dann verpflichtet, wenn dies der Kunde mit dem Kreditinstitut vereinbart hat.

(3) Das Kreditinstitut ist berechtigt, Aufträge in jeglicher Form, die ihm im Rahmen einer Geschäftsverbindung mit einem Unternehmer erteilt werden, auf dessen Rechnung durchzuführen, wenn es ohne Verschulden zur Ansicht kommt, dass sie von diesem stammen, und der unwirksame Auftrag nicht dem Kreditinstitut zurechenbar ist.

2. Einholung von Bestätigungen durch das Kreditinstitut

Z 4. Aus Gründen der Sicherheit ist das Kreditinstitut berechtigt, insbesondere bei mittels Telekommunikation erteilten Aufträgen, vor deren Ausführung je nach Lage des Falles auf dem gleichen oder auch einem anderen Kommunikationsweg eine Auftragsbestätigung einzuholen.

3. Erklärungen des Kreditinstituts

Z 5. (1) Die mittels Telekommunikation gemachten Mitteilungen und Erklärungen des Kreditinstituts gelten - sofern keine abweichenden schriftlichen Vereinbarungen getroffen wurden oder Usancen der Kreditinstitute bestehen - vorbehaltlich schriftlicher Bestätigung. Dies gilt nicht gegenüber Verbrauchern.

(2) Erklärungen und Informationen, die das Kreditinstitut dem Kunden mitzuteilen oder zugänglich zu machen hat, erhält der Kunde auf Papier (insbesondere mittels Kontoauszug) sofern mit dem Kunden nicht die Abrufbarkeit oder Übermittlung auf elektronischem Weg vereinbart wurde.

(3) Das Kreditinstitut wird die gemäß § 8 Verbraucherzahlungskontogesetz (VZKG) zu erstellende Entgeltaufstellung vierteljährlich sowie bei der Beendigung des Rahmenvertrages dem Kunden in Papierform oder – sofern vereinbart – elektronisch zur Verfügung halten.

C. Verfügungsberechtigung nach dem Tod des Kunden

Z 6. (1) Das Kreditinstitut wird, sobald es vom Ableben eines Kunden Kenntnis erhält, Dispositionen aufgrund eines Beschlusses des Abhandlungsgerichts oder des Einantwortungsbeschlusses oder eines europäischen Nachlasszeugnisses zulassen. Verfügungen eines einzelverfügungsberechtigten Konto-/Depotinhabers über das Gemeinschaftskonto/-depot

out such orders only if the customer has agreed to this with the bank.

(3) The bank shall be entitled to carry out instructions of any kind given by an entrepreneur within the scope of the business relation on the customer's account if the bank is, without fault, of the opinion that they originate from the entrepreneur and if the ineffective order cannot be attributed to the bank.

2. Collection of Confirmations by the Bank

Section 4. For security reasons, the bank shall be entitled, particularly when orders are placed via telecommunications, to obtain a confirmation of the order by the same or a different means of communication, as the case may be, before carrying out the order.

3. Statements of the Bank

Section 5. (1) The notifications and statements of the bank made via telecommunications shall be effective subject to written confirmation unless otherwise agreed in writing or other banking practices exist in this respect. The above shall not apply vis-à-vis consumers.

(2) Statements and information the bank is required to provide or make available to the customer shall be issued to the customer in hardcopy (especially by means of statements of account), unless electronic availability or transmission has been agreed with the customer.

(3) The bank will provide the customer with a fee overview in accordance with section 8 of the Consumer Payment Account Act (Verbraucherzahlungskontogesetz – VZKG) on a quarterly basis and upon termination of the framework contract, either in hardcopy or if agreed by electronic means.

C. Right of Disposal upon the Death of a Customer

Section 6. (1) As soon as it receives notice of a customer's death, the bank shall permit dispositions on the basis of a decision rendered by the probate court or a certificate of inheritance or a European certificate of succession. In case of joint accounts/joint securities accounts, dispositions made by an account holder holding individual authority to

werden durch diese Regelung nicht berührt.

(2) Zeichnungsberechtigungen erlöschen nicht durch den Tod des Kunden, wenn sie von einem Unternehmer für ein Geschäftskonto erteilt wurden. Konten eines Unternehmers gelten im Zweifel als Geschäftskonten.

D. Pflichten und Haftung des Kreditinstituts

1. Informationspflichten

Z 7. (1) Über die gesetzlichen Informationspflichten hinaus treffen das Kreditinstitut mangels einer gesonderten Vereinbarung keine anderen als die in seinen Geschäftsbedingungen erwähnten Informationspflichten. Das Kreditinstitut ist daher – soweit keine gesetzliche oder vertragliche Verpflichtung besteht – nicht verpflichtet, den Kunden über drohende Kursverluste, über den Wert oder die Wertlosigkeit anvertrauter Gegenstände oder über Umstände, die den Wert dieser Gegenstände beeinträchtigen oder gefährden könnten, zu unterrichten, oder dem Kunden sonstige Ratschläge oder Auskünfte zu erteilen.

(2) Gegenüber Unternehmern sowie allen juristischen Personen gelten die Bestimmungen des 3. Hauptstücks des Zahlungsdienstegesetzes (§§ 32 bis 54 ZaDiG), worin die Transparenz der Vertragsbedingungen sowie die Informationspflichten zu Zahlungsdiensten geregelt werden, nicht.

2. Ausführung von Aufträgen

Z 8. (1) Einen Auftrag, der seinem Inhalt nach typischerweise die Heranziehung eines Dritten erforderlich macht, erfüllt das Kreditinstitut durch Betrauung eines Dritten im eigenen Namen. Wählt das Kreditinstitut den Dritten aus, so haftet es für die sorgfältige Auswahl.

(2) Das Kreditinstitut ist verpflichtet, dem Kunden über dessen Aufforderung die etwa bestehenden Ansprüche gegen den Dritten abzutreten.

Z 9. (1) Über Z 8. hinausgehend haftet das Kreditinstitut für Zahlungsdienste innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) gegenüber Verbrauchern (nicht aber gegenüber Unternehmern) - wenn der Zahlungsvorgang vom Zahler direkt ausgelöst wird, für die ordnungsgemäße Ausführung des Zahlungsvorgangs bis zum Eingang beim Zahlungsdienstleister des Empfängers, - wenn der Zahlungsauftrag vom Zahlungsempfänger oder über diesen ausgelöst wird, für die ordnungsgemäße Übermittlung des Zahlungsauftrags an den Zahlungsdienstleister des Zahlers.

operate the account shall not be affected by this provision.

(2) Any signing authority granted on a business account by an entrepreneur shall not terminate upon the death of a customer. In case of doubt, the accounts of an entrepreneur shall be considered business accounts.

D. Obligations and Liability of the Bank

1. Information Obligations

Section 7. (1) Apart from the statutory obligations to provide information, the bank shall have no other duties to provide information than those stated in its terms and conditions unless separately agreed. Thus the bank shall not be obligated - unless statutory or contractual obligations provide otherwise - to inform the customer of any imminent price losses, the worth or worthlessness of objects entrusted to its care, or circumstances that might impair or endanger the value of those objects, nor is it obligated to give the customer further advice or information.

(2) The provisions of Chapter 3 of the Austrian Payment Services Act (sections 32 through 54 Zahlungsdienstegesetz - ZaDiG), which provides for the transparency of contractual conditions and the disclosure obligations for payment services, shall not be applicable to all legal entities.

2. Execution of Orders

Section 8. (1) The bank shall execute any order, which, due to its nature, requires the assistance of a third party, by entrusting it to a third party in its own name. Where the bank selects the third party it shall be liable for diligent selection.

(2) At the customer's request, the bank shall be required to assign any claims vis-à-vis the third party to this customer.

Section 9. (1) In addition to section 8., the bank shall further be liable vis-à-vis consumers (but not entrepreneurs) for payment services within the European Economic Area (EEA) as follows: - if the payment process is directly initiated by the payer, for the proper execution of the payment process until receipt by the payee's payment service provider; - if the payment process is initiated by or via the payee, for the proper execution of the payment order to the payer's payment service provider.

In beiden Fällen umfasst die Haftung des Kreditinstituts alle von ihm zu verantwortenden Entgelte und Zinsen, die dem Verbraucher infolge der nicht erfolgten, fehlerhaften oder verspäteten Ausführung des Zahlungsvorgangs in Rechnung gestellt werden.

(2) Abweichend von § 80 Absatz 2 Z 5 Zahlungsdienstegesetz wird das Kreditinstitut als Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers im Falle, dass ein Zahlungsvorgang mit einer geringfügigen Verzögerung ausgeführt wurde, den Betrag auf dem Zahlungskonto eines Unternehmers nur dann mit dem korrekten Datum wertstellen, wenn das Kreditinstitut an der verspäteten Ausführung des Zahlungsvorganges ein Verschulden trifft.

E. Mitwirkungspflichten und Haftung des Kunden

1. Einleitung

Z 10. Der Kunde hat im Verkehr mit dem Kreditinstitut insbesondere die im Folgenden angeführten Mitwirkungspflichten zu beachten; deren Verletzung führt zu Schadenersatzpflichten des Kunden oder zur Minderung seiner Schadenersatzansprüche gegen das Kreditinstitut.

2. Bekanntgabe wesentlicher Änderungen

(a) Name oder Anschrift und Kontaktdaten

Z 11. (1) Der Kunde hat dem Kreditinstitut Änderungen seines Namens, seiner Firma, seiner Anschrift oder der Anschrift einer anderen von ihm namhaft gemachten Empfangsstelle unverzüglich mitzuteilen.

(2) Gibt der Kunde Änderungen der Anschrift oder eine Änderung einer von ihm namhaft gemachten Empfangsstelle nicht bekannt, gelten schriftliche Erklärungen des Kreditinstituts als zugegangen, wenn sie an die letzte vom Kunden dem Kreditinstitut bekannt gegebene Anschrift gesendet wurden.

(b) Vertretungsberechtigung

Z 12. (1) Der Kunde hat dem Kreditinstitut das Erlöschen oder Änderungen einer diesem bekannt gegebenen Vertretungsberechtigung – einschließlich der Verfügungs- und Zeichnungsberechtigung (Z 31. und 32.) – unverzüglich schriftlich mitzuteilen und durch geeignete Urkunden nachzuweisen.

(2) Eine dem Kreditinstitut bekannt gegebene Vertretungsberechtigung gilt bis zur schriftlichen Mitteilung des Erlöschens oder einer Änderung im bisherigen Umfang weiter, es sei denn, dass dem Kreditinstitut das Erlöschen oder die Änderung

In both cases, the bank's liability shall cover all remuneration and interest for which it is responsible and which the consumer is charged as a result of non-execution, incorrect or delayed execution of the payment process.

(2) By way of derogation from section 80 (2), (5) Payment Services Act, the bank, in its capacity as the payee's payment service provider, shall, in case a payment process is executed with a slight delay, value date the amount in the entrepreneur's payment account with the correct date only if the bank caused such delayed execution of the payment process.

E. Obligations to Cooperate and Customer's Liability

1. Introduction

Section 10. In his/her dealings with the bank the customer shall, in particular, observe the obligations to cooperate as set out below. Any violation thereof shall lead to an obligation to pay damages on the part of the customer or to a reduction in his/her claims for damages vis-à-vis the bank.

2. Notification of Material Changes

(a) Name or Address and Contact Details

Section 11. (1) The customer shall notify the bank in writing immediately of any changes in his/her name, company name, address or any other service address provided by him/her.

(2) If the customer fails to notify changes in the address or a change in the service address indicated by him/her, written communications of the bank shall be deemed received if they are sent to the address most recently provided to the bank by the customer.

(b) Power of Representation

Section 12. (1) The customer shall immediately notify the bank in writing of any cancellation of or changes to any power of representation advised to it, including an authority to operate and sign (sections 31. and 32.), and shall provide appropriate documentary evidence in this regard.

(2) Any power of representation that the bank has been advised of shall continue to be effective until written notification of cancellation of the same or of a change in its current scope, unless the bank had knowledge of such cancellation or change or was not

bekannt oder aus grober Fahrlässigkeit unbekannt war. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn das Erlöschen oder die Änderung der Vertretungsberechtigung in einem öffentlichen Register eingetragen und eine diesbezügliche Veröffentlichung erfolgt ist.

(c) Geschäftsfähigkeit; Auflösung der Gesellschaft

Z 13. Jeder Verlust und jede Einschränkung der Geschäftsfähigkeit des Kunden sind dem Kreditinstitut unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Ist der Kunde eine Gesellschaft oder eine juristische Person, so ist auch deren Auflösung dem Kreditinstitut unverzüglich bekannt zu geben.

3. Geschäftsbeziehung auf eigene oder fremde Rechnung

Z 13a. Der Kunde hat bei der Begründung jeder Geschäftsbeziehung dem Kreditinstitut mitzuteilen, ob er die Geschäftsbeziehung auf eigene oder auf fremde Rechnung bzw. im fremden Auftrag betreiben will. Diesbezügliche Änderungen während der aufrechten Geschäftsbeziehung hat der Kunde von sich aus dem Kreditinstitut unverzüglich bekannt zu geben.

4. Klarheit von Aufträgen

Z 14. (1) Der Kunde hat für eine klare und eindeutige Formulierung seiner Aufträge an das Kreditinstitut zu sorgen. Abänderungen, Bestätigungen oder Wiederholungen müssen ausdrücklich als solche gekennzeichnet sein.

(2) Will der Kunde dem Kreditinstitut besondere Weisungen für die Ausführung von Aufträgen geben, so hat er dies dem Kreditinstitut gesondert und ausdrücklich, bei formularmäßig erteilten Aufträgen außerhalb des Formulars, mitzuteilen. Dies gilt vor allem dann, wenn die Ausführung des Auftrags besonders eilbedürftig oder an bestimmte Fristen und Termine gebunden ist.

5. Sorgfalt bei Verwendung von Zahlungsinstrumenten

Z 15. (1) Der Kunde hat bei der Nutzung eines Zahlungsinstrumentes, das vereinbarungsgemäß zur Erteilung eines Auftrages an das Kreditinstitut verwendet werden kann, alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um die personalisierten Sicherheitsmerkmale vor unbefugten Zugriffen zu schützen. Zahlungsauslösedienstleister und Kontoinformationsdienstleister gelten nicht als „Unbefugte“ im Sinne dieser Bestimmung. Der Kunde hat den Verlust, den Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonst nicht

aware thereof due to gross negligence. In particular, the above shall apply even if the cancellation or change in the power of representation has been registered in a public register and was duly published.

(c) Capacity to Enter into Legal Transactions; Dissolution of the Enterprise Section

13. The bank shall be notified immediately in writing of any loss of or reduction in the customer's capacity to enter into legal transactions. If the customer is an enterprise or legal entity, the bank shall be notified without undue delay of any dissolution of the same.

3. Business Relationship on Own Account or Third-Party Account

Section 13a. When establishing a business relationship, the customer shall disclose to the bank whether he/she is undertaking such a business relationship on his/her own account or on a thirdparty account and/or on behalf of a third party. The customer shall be obliged to inform the bank without undue delay of any related changes during the ongoing business relationship.

4. Clarity of Orders

Section 14. (1) The customer shall ensure that the orders he/she places with the bank are clear and unambiguous. Modifications, confirmations or reminders shall expressly be designated as such.

(2) If the customer wishes to give special instructions to the bank regarding the execution of orders, he/she shall inform the bank thereof separately and explicitly, and in case of orders placed by means of forms, the instructions shall be given separately, i.e. not on the form. The above shall apply especially if the execution of the order is extremely urgent or subject to certain periods and deadlines.

5. Due Care and Diligence in Using Payment Instruments

Section 15. (1) When payment instruments are used to place orders with the bank in accordance with the agreement, the customer shall take all reasonable precautions to protect the personalised security features against unauthorised access. Payment initiation service providers and account information service providers shall not be considered "unauthorised" under this provision. Customers shall report any loss, theft, misuse, or any other unauthorised use of the payment instrument without delay to the bank or to a body specified by the bank

autorisierte Nutzung des Zahlungsinstrumentes unverzüglich dem Kreditinstitut oder der von dieser benannten Stelle anzuzeigen, sobald er davon Kenntnis hat. Unternehmer haften für Schäden, die dem Kreditinstitut aus der Verletzung dieser Sorgfaltspflichten entstehen, bei jeder Art des Verschuldens des Unternehmers betraglich unbegrenzt.

(2) Das Kreditinstitut ist berechtigt, Zahlungsinstrumente, die es an den Kunden ausgegeben hat, in folgenden Fällen zu sperren:

- a) wenn objektive Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheit des Zahlungsinstrumentes dies rechtfertigen;
- b) wenn der Verdacht einer nicht autorisierten oder betrügerischen Verwendung des Zahlungsinstrumentes besteht;
- c) wenn der Kunde seinen Zahlungspflichten im Zusammenhang mit einer mit dem Zahlungsinstrument verbundenen Kreditlinie (Überschreitung oder Überziehung) nicht nachgekommen ist und
 - entweder die Erfüllung dieser Zahlungspflichten aufgrund einer Verschlechterung oder Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder eines Mitverpflichteten gefährdet ist, oder
 - beim Kunden die Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist oder diese unmittelbar droht.

Das Kreditinstitut wird den Kunden - soweit eine Bekanntgabe der Sperre oder der Gründe für die Sperre nicht eine gerichtliche oder verwaltungsbehördliche Anordnung verletzen bzw. österreichischen oder gemeinschaftsrechtlichen Rechtsnormen oder objektiven Sicherheitserwägungen zuwiderlaufen würde - von einer solchen Sperre und deren Gründe in einer mit dem Kunden vereinbarten Kommunikationsform möglichst vor, spätestens aber unverzüglich nach der Sperre informieren. Gleiches gilt für die Sperre des Zugriffs auf ein Kundenkonto durch einen Kontoinformationsdienstleister oder Zahlungsauslösedienstleister.

(3) Die Bestimmungen dieses Punktes gelten auch für Instrumente, die außerhalb der Zahlungsdienste vereinbarungsgemäß zur Erteilung eines Auftrages an das Kreditinstitut verwendet werden können.

6. Erhebung von Einwendungen

Z 16. (1) Der Kunde hat Erklärungen des Kreditinstituts, die sich nicht auf Zahlungsdienste beziehen (wie z. B. Bestätigungen von erteilten Aufträgen und Anzeigen über deren Ausführung und Abschlussbestätigungen, Auszüge, Rechnungsabschlüsse und sonstige Abrechnungen im Kredit- und Fremdwährungsgeschäft, Depotauszüge bzw. -aufstellungen) auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen und etwaige

as soon as he/she has become aware thereof. Entrepreneurs shall be liable for any loss sustained by the bank due to a breach of these duties of care and diligence, without limitation in case of negligence on the part of the entrepreneur.

(2) The bank shall be authorised to cancel payment instruments issued to the customers,

- a) if justified by objective reasons in connection with the security of the payment instrument,
- b) or if unauthorised or fraudulent use of the payment instrument is suspected, or
- c) if the customer failed to honour his/her payment obligations with respect to a credit line associated with the payment instrument (overrun or overdraft) and
 - either the fulfilment of these payment obligations is jeopardised due to the deterioration or endangerment of the customer's or a co-debtor's financial situation
 - or the customer has become insolvent or threatens to become insolvent imminently.

The bank shall notify the customer prior to, but in any event immediately after, such cancellation using the means of communication agreed with the customer and indicate the reasons for such cancellation, unless a notification would be in violation of a judicial or administrative order or would run counter to Community legislation or objective security considerations. The same applies to the blocking of access to a customer account by an account information service provider or payment initiation service provider.

(3) The requirements of this provision shall further apply to instruments whose use outside the payment services has been agreed for the placement of an order with the bank.

6. Objections

Section 16. (1) The customer shall immediately check any statements provided by the bank that do not relate to payment services (such as confirmations of his/her orders, any communication about the execution of these orders, final confirmations, statements of account, closing statements and any other account statements relating to lending and foreign currency transactions, securities accounts statements and list of securities accounts) to verify

Einwendungen unverzüglich, längstens innerhalb von zwei Monaten, zu erheben. Gehen dem Kreditinstitut gegen einen Kontoabschluss, der kein Zahlungskonto betrifft, innerhalb von zwei Monaten keine schriftlichen Einwendungen zu, so gilt dieser Abschluss als genehmigt. Der Kunde kann auch nach Fristablauf eine Berichtigung des Kontoabschlusses verlangen, muss dann aber nachweisen, dass sein Konto zu Unrecht belastet oder eine ihm zustehende Gutschrift nicht erteilt wurde. Das Kreditinstitut wird den Kunden jeweils bei Beginn der Frist auf die Folgen des Unterbleibens einer zeitgerechten Einwendung hinweisen.

(2) Im Falle einer aufgrund eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorganges erfolgten Belastung seines Girokontos kann der Kunde jedenfalls dann eine Berichtigung durch das Kreditinstitut erwirken, wenn er das Kreditinstitut unverzüglich nach Feststellung eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorganges, jedoch spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung hiervon unterrichtet hat. Ist der Kunde Unternehmer, kann diese Berichtigung durch den Kunden bis spätestens 3 Monate nach dem Tag der Belastung erfolgen. Die Befristungen gelten nicht, wenn das Kreditinstitut dem Kunden die in Z 38. (9) dieser Bedingungen vorgesehenen Informationen zu dem betreffenden Zahlungsvorgang nicht mitgeteilt oder zugänglich gemacht hat. Durch diese Bestimmung werden andere Ansprüche des Kunden auf Berichtigung nicht ausgeschlossen.

7. Berichtigung von Zahlungsvorgängen

Z 16a. (1) Im Falle einer auf Grund eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorganges erfolgten Belastung seines Zahlungsverkehrskontos kann der Kunde jedenfalls dann eine Berichtigung durch das Kreditinstitut erwirken, wenn er das Kreditinstitut unverzüglich nach Feststellung eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorganges, jedoch spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung hiervon unterrichtet hat. Gegenüber Unternehmern und juristischen Personen beträgt die Frist von Abs. 1 einen Monat.

Das Kreditinstitut wird dem Kunden den Betrag eines nicht autorisierten Zahlungsvorganges unverzüglich, auf jeden Fall aber spätestens bis zum Ende des folgenden Geschäftstages erstatten, nachdem es von dem Zahlungsvorgang Kenntnis erhalten hat oder dieser ihm angezeigt wurde. Die Erstattung erfolgt dadurch, dass das belastete Konto wieder auf den Stand gebracht wird, auf dem es sich ohne den nicht autorisierten Zahlungsvorgang befunden hätte, wobei der Betrag auf dem Zahlungskonto des Zahlers spätestens zum Tag der Kontobelastung wertzustellen

their completeness and correctness and shall raise any objections without undue delay, but in any case within two months. If the bank receives no written objections to an account statement relating to an account other than a payment account within a period of two months, such account statement shall be deemed approved. After the deadline, the customer may still request that the account statement be corrected, but he/she must also demonstrate that his/her account was incorrectly debited or that a credit to which he/she is entitled to was not issued. In each case, the bank shall inform the customer about the consequences of failing to make a timely objection at the beginning of this period.

(2) If the customer's current account is debited due to the unauthorised or the incorrect implementation of a payment process, the customer shall be entitled to obtain a correction by the bank if he/she advises the bank thereof immediately after establishing an unauthorised or incorrectly implemented payment process, but no later than 13 months after the day the debit was made. If the customer qualifies as an entrepreneur, this correction may be requested by the customer until a maximum of 3 months after the day the debit was made. The time limits shall not be applicable if the bank fails to provide the customer with the information provided for in section 38. (9) of these GTC regarding the relevant payment process or fails to give the customer access to this information. This provision shall not exclude any of the customer's other rights to correction.

7. Correction of payment transactions

Z 16a. (1) In the event that his payment transaction account is debited as a result of an unauthorized or incorrectly executed payment transaction, the customer can in any case obtain a rectification by the credit institution if he notifies the credit institution immediately after discovering an unauthorized or incorrectly executed payment transaction, but no later than 13 months informed of this after the day of the debit. In relation to entrepreneurs and legal entities, the period in Paragraph 1 is one month.

The bank will reimburse the customer for the amount of an unauthorized payment transaction immediately, but in any case no later than the end of the following business day after it has received knowledge of the payment transaction or has been notified of it. The reimbursement is made by bringing the debited account back to the status it would have been in without the unauthorized payment transaction, whereby the amount must be credited to the payer's payment account no later than the day the account was debited. If the credit institution has given the

ist. Hat das Kreditinstitut der Finanzmarktaufsicht berechnete Gründe für den Verdacht, dass ein betrügerisches Verhalten des Kunden vorliegt, schriftlich mitgeteilt, hat das Kreditinstitut seine Erstattungspflicht unverzüglich zu prüfen und zu erfüllen, wenn sich der Betrugsverdacht nicht bestätigt. Wurde der nicht autorisierte Zahlungsvorgang über einen Zahlungsauslösedienstleister ausgelöst, so trifft die Erstattungspflicht das Kreditinstitut.

8. Benachrichtigung bei Ausbleiben von Mitteilungen

Z 17. Der Kunde hat das Kreditinstitut unverzüglich zu benachrichtigen, falls ihm regelmäßige Mitteilungen des Kreditinstituts (wie z.B. Rechnungsabschlüsse oder Depotaufstellungen) oder sonstige Mitteilungen oder Sendungen des Kreditinstituts, mit denen der Kunde nach Lage des Falles rechnen musste und die sich nicht auf Zahlungsdienste beziehen, nicht innerhalb der Frist, die üblicherweise für die vereinbarte Übermittlung zu veranschlagen ist, zugehen.

9. Übersetzungen

Z 18. Fremdsprachige Urkunden aller Art sind dem Kreditinstitut auf Verlangen auch in deutschsprachiger Übersetzung, die von einem gerichtlich beeideten Übersetzer beglaubigt ist, vorzulegen.

F. Erfüllungsort; Rechtswahl; Gerichtsstand

1. Erfüllungsort

Z 19. Erfüllungsort für beide Teile sind die Geschäftsräume jener Stelle des Kreditinstituts, mit der das Geschäft abgeschlossen wurde. Dies gilt nicht für Zahlungen, die ein Verbraucher an das Kreditinstitut zu leisten hat.

2. Rechtswahl

Z 20. Für alle Rechtsbeziehungen zwischen dem Kunden und dem Kreditinstitut gilt österreichisches Recht.

3. Gerichtsstand

Z 21. (1) Klagen eines Unternehmers gegen das Kreditinstitut können nur beim sachlich zuständigen Gericht am Sitz der Hauptniederlassung des Kreditinstituts erhoben werden. Dieser Gerichtsstand ist auch für Klagen des Kreditinstituts gegen einen Unternehmer maßgeblich, wobei das Kreditinstitut berechnete ist, seine Rechte auch bei jedem anderen

Financial Market Authority legitimate reasons for suspecting fraudulent behavior on the part of the customer in writing, the credit institution must immediately check and fulfill its reimbursement obligation if the suspicion of fraud is not confirmed. If the unauthorized payment transaction was initiated via a payment initiation service provider, the reimbursement obligation falls on the bank.

8. Notification in Case of Non-Receipt of Communications

Section 17. The customer shall notify the bank immediately if he/she fails to receive regular communications (such as closing statements or securities account statements) or other communications or deliveries from the bank, which, depending on the case at hand, the customer would expect and which do not relate to payment services, within the time normally to be expected when using the agreed form of transmission.

9. Translations

Section 18. If the bank so requires, any foreign-language instruments shall be presented to the bank also in a German translation certified by a court-appointed and certified translator.

F. Place of Performance; Choice of Law; Legal Venue

1. Place of Performance

Section 19. The place of performance for both parties shall be the offices of that branch of the bank with which the transaction was concluded. This shall not be applicable for payments that are payable to the bank by a consumer.

2. Choice of Law

Section 20. All legal relations between the customer and the bank shall be governed by Austrian law.

3. Legal Venue

Section 21. (1) An entrepreneur may only bring legal action against the bank in the court with subject-matter jurisdiction for the bank's registered office. This shall also serve a legal venue in case the bank brings legal action against an entrepreneur, with the bank being entitled to assert its rights in every court with local jurisdiction and jurisdiction over the subject-matter.

örtlich und sachlich zuständigen Gericht geltend zu machen.

Für alle Geschäftsbeziehungen zwischen dem Kreditinstitut und dem Kunden, der Verbraucher ist und der im Zeitpunkt der Begründung der Geschäftsbeziehung seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht in Österreich, sondern in einem anderen EWR-Mitgliedstaat hat, gilt österreichisches Recht mit der Maßgabe, dass günstigere zwingende Verbraucherschutzbestimmungen des Staates seines gewöhnlichen Aufenthalts anwendbar bleiben, wenn das Recht dieses EWR-Staates nach der Rom-I-VO ohne die Rechtswahl anzuwenden wäre.

(2) Der für Klagen eines Verbrauchers oder gegen einen Verbraucher bei Vertragsabschluss mit dem Kreditinstitut gegebene allgemeine Gerichtsstand in Österreich bleibt auch dann erhalten, wenn der Verbraucher nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt und österreichische gerichtliche Entscheidungen in diesem Land vollstreckbar sind.

G. Beendigung der Geschäftsverbindungen

1. Ordentliche Kündigung in der Geschäftsverbindung mit Unternehmern

Z 22. Soweit keine Vereinbarung auf bestimmte Zeit vorliegt, können das Kreditinstitut und der Kunde die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Teile davon (auch Kreditverträge und Rahmenverträge für Zahlungsdienste wie insbesondere Girokontoverträge) jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Frist kündigen. Im Voraus bezahlte Entgelte werden nicht rückerstattet.

2. Ordentliche Kündigung in der Geschäftsverbindung mit Verbrauchern

Z 23. (1) Der Kunde kann einen Rahmenvertrag für Zahlungsdienste, insbesondere den Girokontovertrag, jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Das Recht zur kostenlosen und fristlosen Kündigung eines Rahmenvertrags für Zahlungsdienste, insbesondere des Girokontovertrags (Z 2.) anlässlich einer vom Kreditinstitut vorgeschlagenen Änderung der AGB bleibt unberührt.

(2) Kreditverträge mit unbestimmter Laufzeit kann der Kunde jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat kostenlos kündigen.

(3) Alle übrigen auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Verträge mit dem Kreditinstitut kann der Kunde jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist kündigen.

Austrian law applies to all business relationships between the bank and the customer who is a consumer and who at the time the business relationship is established is not habitually resident in Austria but in another EEA member state, provided that more favorable, mandatory consumer protection provisions of the state apply of his habitual residence remain applicable if the law of this EEA state according to the Rome I Regulation would apply without the choice of law.

(2) Whenever a consumer takes legal action or legal action is brought against a consumer with respect to agreements with the bank, the general legal venue in Austria shall remain the same even if the consumer, after conclusion of the agreement, transfers his/her domicile abroad and Austrian court decisions are enforceable in that country.

G. Termination of Business Relations

1. Ordinary Termination of Business Relations with Entrepreneurs

Section 22. Unless an agreement has been concluded for a definite period of time, the bank and the customer shall be entitled to terminate the entire business relation or individual parts thereof (including loan contracts and master agreements for payment services, such as current account contracts in particular) at any time subject to a reasonable notice period. Fees paid in advance shall not be reimbursed.

2. Ordinary Termination of Business Relations with Consumers

Section 23. (1) A customer shall be entitled to terminate a master agreement for payment services at any time without prior notice, particularly the current account contract. The right to terminate a master agreement for payment services free of charge and without notice, particularly the current account contract (section 2.), in response to a change in the GTC, shall remain unaffected.

(2) Customers may terminate open-ended loan contracts free of charge anytime subject to a notice period of one month.

(3) Subject to a reasonable notice period, customers may terminate all remaining open-ended contracts concluded with the bank at any time.

(4) Das Kreditinstitut kann alle auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Verträge unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Monaten kündigen.

3. Kündigung aus wichtigem Grund

Z 24. (1) Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes können das Kreditinstitut und der Kunde ungeachtet einer Vereinbarung auf bestimmte Dauer die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Teile davon jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen.

(2) Ein wichtiger Grund, der das Kreditinstitut zur Kündigung berechtigt, liegt insbesondere vor, wenn

- eine Verschlechterung oder Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder eines Mitverpflichteten eintritt und dadurch die Erfüllung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreditinstitut gefährdet ist,
- der Kunde in wesentlichen Belangen unrichtige Angaben über maßgebliche Teile seiner Vermögensverhältnisse (Vermögen und Verbindlichkeiten) oder sonstige wesentliche Umstände gemacht hat und das Kreditinstitut bei Kenntnis der wahren Vermögensverhältnisse bzw. Umstände den Vertrag nicht abgeschlossen hätte, oder
- der Kunde die Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nicht erfüllt oder nicht erfüllen kann und dadurch ein beträchtlich erhöhtes Risiko besteht, dass der Zahler seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann.

Ein solches beträchtlich erhöhtes Risiko liegt insbesondere bei unmittelbar drohender oder bereits eingetretener Zahlungsunfähigkeit vor.

4. Rechtsfolgen

Z 25. (1) Mit Beendigung der gesamten Geschäftsverbindung oder einzelner Teile davon, werden daraus geschuldete Beträge sofort fällig. Der Kunde ist außerdem verpflichtet, das Kreditinstitut von allen für ihn übernommenen Verpflichtungen zu befreien.

(2) Weiters ist das Kreditinstitut berechtigt, alle für den Kunden übernommenen Verpflichtungen zu kündigen und mit Wirkung für den Kunden auszugleichen sowie unter Vorbehalt des Eingangs erfolgte Gutschriften sofort rückzubelasten. Ansprüche aus Wertpapieren, insbesondere Wechsel und Scheck, können vom Kreditinstitut bis zur Abdeckung eines etwa vorhandenen Schuldsaldos geltend gemacht werden.

(3) Im Falle der Beendigung der gesamten Geschäftsverbindung oder einzelner Geschäftsbeziehungen wird das Kreditinstitut dem Kunden, der Verbraucher ist, die für einen

(4) Subject to a notice period of two months, the bank shall be entitled to terminate all open-ended contracts at any time.

3. Termination for Good Reason

Section 24. (1) For good reason, the bank and the customer shall be entitled to terminate the entire business relation or individual parts thereof at any time with immediate effect notwithstanding any agreement concluded for a definite period.

(2) Good reason that entitle the bank to termination shall be given, in particular, if

- the financial situation of the customer or of a co-debtor deteriorates or is put at risk and fulfilment of obligations vis-à-vis the bank is jeopardised as a result thereof;
- the customer provided incorrect information about material aspects of his/her financial situation (assets and liabilities) or other material circumstances and the bank would not have entered into the contract had it been aware of the true financial situation or circumstances, or
- the customer fails/failed or is/was unable to fulfil the obligation to provide or increase collateral, resulting in a significantly increased risk of the payer not fulfilling his/her payment obligations.

In particular, the imminent danger of insolvency or the occurrence of insolvency shall constitute such significantly increased risk.

4. Legal Consequences

Section 25. (1) Upon termination of the entire business relation or individual parts thereof, the amounts owed thereunder shall become due and payable immediately. In addition, the customer shall be obliged to release the bank from all liabilities assumed for him/her.

(2) In addition, the bank shall be entitled to terminate all liabilities assumed for the customer, to settle these on behalf of the customer and to immediately redebit credited amounts provided these have actually been received. Claims arising from securities, especially bills of exchange or cheques, may be asserted by the bank until any existing debit balances are covered.

(3) In the event of termination of the entire business relation or individual parts thereof, the bank shall reimburse customers who qualify as consumers any fees for payment services that were paid in advance for a certain time period.

bestimmten Zeitraum im Voraus bezahlten Entgelte für Zahlungsdienste anteilig erstatten.

(4) Die AGB gelten auch nach Beendigung der Geschäftsverbindung bis zur völligen Abwicklung weiter.

H. Auszahlungsverweigerungsrecht

Z 26. (1) Das Kreditinstitut darf die Auszahlung des Kreditbetrags aus sachlich gerechtfertigten Gründen verweigern.

(2) Sachlich gerechtfertigte Gründe im Sinne des Absatz (1) liegen dann vor, wenn sich nach Vertragsabschluss Umstände ergeben, die eine Verschlechterung der Vermögenslage des Kreditnehmers oder eine Entwertung bedingener Sicherheiten in einem solchen Ausmaß erweisen, dass die Rückzahlung des Kredites oder die Entrichtung der Zinsen selbst bei Verwertung der Sicherheiten gefährdet sind, oder sich beim Kreditinstitut der objektiv begründete Verdacht ergibt, dass der Kreditbetrag durch den Kreditnehmer auf eine vertrags- oder gesetzeswidrige Art verwendet wird.

(3) Verbrauchern hat das Kreditinstitut diese Absicht unverzüglich auf Papier oder einem anderen dauerhaften Datenträger unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Die Angabe der Gründe hat zu unterbleiben, soweit dadurch die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet würde.

II. BANKAUSKUNFT

Z 27. Allgemein gehaltene bankübliche Auskünfte über die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens werden, soweit keine Verpflichtung hierzu besteht, nur unverbindlich und gegenüber Unternehmern nur schriftlich erteilt.

III. ERÖFFNUNG UND FÜHRUNG VON KONTEN UND DEPOTS

A. Anwendungsbereich

Z 28. Soweit nichts anderes bestimmt wird, gelten die im Folgenden für Konten getroffenen Regelungen auch für Depots.

B. Eröffnung von Konten

Z 29. Bei Eröffnung eines Kontos hat der künftige Kontoinhaber seine Identität nachzuweisen. Konten werden unter dem Namen oder der Firma des Kontoinhabers und einer Nummer (bei Konten, nicht aber Depots, auch einer IBAN) geführt.

C. Unterschriftsproben

(4) These GTC shall continue to apply even after termination of the business relation until full completion.

H. Right to Refuse the Payout

Section 26. (1) The bank shall be entitled to refuse to pay out the loan for objectively justified reasons.

(2) Objectively justified reasons in accordance with subsection (1) shall be given if, after contract conclusion, circumstances arise that lead to such a deterioration of the borrower's financial situation or such a depreciation of the pledged collateral that repayment of the loan or payment of the interest rate itself is jeopardised even if the collateral is sold or the bank has objectively justified reason to suspect that the borrower is using the loan funds in a way other than that agreed in the contract or provided for by law.

(3) The bank shall be obliged to advise consumers immediately on paper or on any other permanent data medium of any such intention, stating the grounds for its decision. No reasons shall be provided if public security or order would be jeopardised.

II. BANK INFORMATION

Section 27. Unless there is an obligation to provide such information, general information about the financial situation of an enterprise, shall only be provided in a non-binding manner and, vis-à-vis entrepreneurs, only in writing.

III. OPENING AND KEEPING OF ACCOUNTS AND SECURITIES ACCOUNTS

A. Scope of Application

Section 28. Unless otherwise provided the following regulations regarding accounts shall be applicable to securities accounts as well.

B. Opening of Accounts

Section 29. When opening an account the future account holder shall prove his/her identity. Accounts shall be kept in the name of the account holder or the company name together with an account number (for accounts, but not for deposits, also an IBAN).

C. Specimen Signatures

Z 30. Diejenigen Personen, die über das Konto und Depot verfügungsberechtigt bzw. zeichnungsberechtigt sein sollen, haben beim Kreditinstitut ihre Unterschrift entweder gesondert oder in Form einer Kopie eines amtlichen Lichtbildausweises, der ihre Unterschrift enthält zu hinterlegen. Das Kreditinstitut wird schriftliche Dispositionen im Rahmen der Kontoverbindung mit dem Kunden aufgrund der hinterlegten Unterschriften zulassen.

D. Verfügungsberechtigung und Zeichnungsberechtigung

1. Verfügungsberechtigung

Z 31. Zur Verfügung über das Konto ist lediglich der Kontoinhaber berechtigt. Zu seiner Vertretung sind nur jene Personen befugt, deren Vertretungsberechtigung sich aus dem Gesetz ergibt oder denen ausdrücklich und schriftlich eine Vollmacht zur Verfügung über dieses Konto erteilt wurde; sie haben ihre Identität und Vertretungsberechtigung nachzuweisen. Bei Vorsorgevollmachten, deren Wirksamkeit im Österreichischen Zentralen Vertretungsverzeichnis registriert wurde, genügt eine Vollmacht, die allgemein die Verfügung über die Konten des Vollmachtgebers umfasst.

2. Zeichnungsberechtigung

Z 32. (1) Der Kontoinhaber kann anderen Personen ausdrücklich und schriftlich eine Zeichnungsberechtigung erteilen. Der Zeichnungsberechtigte hat dem Kreditinstitut seine Identität nachzuweisen. Der Zeichnungsberechtigte ist ausschließlich zur Vornahme und zum Widerruf von Dispositionen über die Kontoforderung befugt.

(2) Die Zeichnungsberechtigung über ein Depot umfasst auch die Befugnis, Wertpapiere im Rahmen der vorhandenen Deckung am Verrechnungskonto zu kaufen und zu verkaufen.

E. Besondere Kontoarten

1. Subkonto

Z 33. Zu einem Konto können Subkonten geführt werden. Selbst wenn diese mit einer Subbezeichnung versehen werden, ist dem Kreditinstitut gegenüber ausschließlich der Kontoinhaber berechtigt und verpflichtet.

2. Treuhandkonto

Section 30. Persons who are to be authorised to operate or sign on an account or securities account are obliged to deposit a specimen of their signature, either separately or in the form of a copy of an official photo ID that contains their signature, with the bank. Based on the signatures deposited, the bank shall permit written dispositions within the scope of the account.

D. Authority to Operate and to Sign

1. Authority to Operate

Section 31. Only the account holder shall be entitled to operate the account. Only persons whose power of representation is provided for by law or persons who hold an express written power of attorney to operate the account shall be entitled to represent the account holder. They shall be required to provide proof of their identity and power of representation. In the case of a durable power of attorney, whose effectiveness has been registered in the Austrian Central Directory of Powers of Attorney, it suffices to have a power of attorney that generally includes the authorisation to operate the accounts.

2. Authority to Sign Section

32. (1) The account holder may expressly and in writing grant third parties authority to sign on an account. The authorised signatory shall provide the bank with proof of his/her identity. The authorised signatory shall be exclusively entitled to make and revoke transactions on the account.

(2) The authority to sign for a securities account also includes the power to buy and sell securities within the scope of the credit available for coverage on the securities account.

E. Special Types of Accounts

1. Sub-Account

Section 33. An account may also include sub-accounts. Even if they are given sub-account names, the account holder shall exclusively have entitlements and obligations vis-à-vis the bank in connection with these.

2. Escrow Account

Z 34. Bei Treuhandkonten ist dem Kreditinstitut gegenüber ausschließlich der Treuhänder als Kontoinhaber berechtigt und verpflichtet.

Section 34. In case of escrow accounts the escrow agent shall be exclusively entitled and obligated vis-à-vis the bank as account holder.

3. Gemeinschaftskonto

3. Joint Account

Z 35. (1) Ein Konto kann auch für mehrere Inhaber eröffnet werden (Gemeinschaftskonto). Verfügungen über das Konto, insbesondere dessen Schließung und die Erteilung von Zeichnungsberechtigungen, können nur von allen Inhabern gemeinsam vorgenommen werden. Jeder Kontoinhaber kann sich im Einzelfall durch einen eigens dazu Bevollmächtigten vertreten lassen.

Section 35. (1) An account may also be opened for several account holders (joint account). Dispositions to operate the account, in particular the closing thereof and the granting of authority to sign, may only be made by all account holders jointly. Every account holder may be represented by an authorised representative on a case-by-case basis.

(2) Für Verpflichtungen aus dem Konto haften alle Inhaber zur ungeteilten Hand.

(2) The account holders shall be liable jointly and severally for obligations arising out of the account.

(3) Wurde nicht ausdrücklich anderes vereinbart, so ist jeder Kontomitinhaber allein berechtigt, über die Kontoforderung zu disponieren. Sie wird jedoch durch den ausdrücklichen Widerspruch eines anderen Kontoinhabers beendet; in diesem Fall sind nur alle Mitinhaber gemeinsam berechtigt.

(3) Unless expressly agreed otherwise, every joint account holder shall have individual power to operate the account. However, the authority shall be terminated upon the express objection of another account holder. In such a case, the joint account holders shall only be authorised to act jointly.

(4) Zeichnungsberechtigungen können von jedem einzelnen Kontomitinhaber widerrufen werden.

(4) Authorities to sign may be revoked by each individual joint account holder.

4. Fremdwährungskonto

4. Foreign Currency Account

Z 36. (1) Führt das Kreditinstitut für den Kunden ein Fremdwährungskonto, so sind Überweisungen in der betreffenden ausländischen Währung diesem Konto gutzuschreiben, sofern nicht ein anders lautender Überweisungsauftrag vorliegt. Besteht kein Fremdwährungskonto, so darf das Kreditinstitut Geldbeträge in ausländischer Währung mangels ausdrücklicher gegenteiliger Weisung des Kunden in inländischer Währung gutschreiben. Die Abrechnung erfolgt zum Kurs des Tages, an dem der Geldbetrag in ausländischer Währung zur Verfügung des Kreditinstituts steht und von diesem verwertet werden kann.

Section 36. (1) If the bank keeps a foreign currency account for the customer, transfers in the respective foreign currency shall be credited to this account unless other transfer orders have been given. If no foreign currency account exists, the bank shall be entitled to credit foreign currency amounts in national currency unless expressly instructed to the contrary by the customer. The amount shall be converted at the conversion rate of the day on which the amount in foreign currency is at the bank's disposal and can be used by it.

(2) Die Verpflichtung des Kreditinstituts zur Ausführung einer Verfügung zugunsten eines Fremdwährungsguthabens oder zur Erfüllung einer Fremdwährungsverbindlichkeit ist in dem Umfang und solange ausgesetzt, wie das Kreditinstitut in der Währung, auf die das Fremdwährungsguthaben oder die Verbindlichkeit lautet, wegen politisch bedingter Maßnahmen oder Ereignisse im Lande dieser Währung nicht oder nur eingeschränkt verfügen kann. In dem Umfang und solange diese Maßnahmen oder Ereignisse andauern, ist das Kreditinstitut auch nicht zur einer Erfüllung an einem anderen Ort außerhalb des Landes der Währung, in einer anderen Währung (auch nicht in Euro) oder durch Anschaffung von Bargeld verpflichtet. Die Verpflichtung des Kreditinstituts zur Ausführung

(2) The obligation of the bank to settle a foreign-currency liability or to execute an order to debit a foreign-currency balance is suspended to the extent that and for as long as the bank has limited or no access to the currency in which the foreign-currency balance or the liability is denominated due to politically related measures or events in that currency's country. To the extent that and for as long as such measures or events persist, the bank is also not obligated to fulfil in a country other than the currency's country, in a different currency (including not in euros), or through the procurement of cash. However, the bank's obligation to execute an order to debit a foreign currency balance is not suspended if it can do so completely in-house. The right of the customer and the bank to offset reciprocal claims in

einer Verfügung zulasten eines Fremdwährungsguthabens ist dagegen nicht ausgesetzt, wenn sie das Kreditinstitut vollständig im eigenen Haus ausführen kann. Das Recht des Kunden und des Kreditinstituts, fällige gegenseitige Forderungen in derselben Währung miteinander zu verrechnen, bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.

F. Kontoabschlüsse und Depotaufstellungen

Z 37. (1) Mangels anderer Vereinbarung schließt das Kreditinstitut Konten vierteljährlich ab. Die im Vierteljahr jeweils angefallenen Zinsen und Entgelte sind Teil des Abschlussaldos, der in der Folge weiter verzinst wird („Zinseszinsen“). Depotaufstellungen werden einmal jährlich erteilt.

(2) Das Kreditinstitut hält dem Kunden den Kontoauszug mit dem Rechnungsabschluss/die Depotaufstellung banklagernd bereit.

IV. GIROVERKEHR

A. Überweisungsaufträge

1. Allgemeines

Z 38. (1) Kundenidentifikatoren, die vom Kunden für die Auslösung und für die Ausführung eines Zahlungsauftrags durch das Kreditinstitut anzugeben sind, sind

- (i) bei Überweisungsaufträgen in EUR zugunsten eines Empfängers, dessen Konto bei einem Zahlungsdienstleister innerhalb Österreichs oder anderer Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) geführt wird, die International Bank Account Number (IBAN),
- (ii) bei Überweisungsaufträgen in anderer Währung als EUR zugunsten eines Empfängers, dessen Konto bei einem Zahlungsdienstleister außerhalb Österreichs oder anderer Staaten des EWR geführt wird,
 - die IBAN und der Bank Identifier Code (BIC) des Zahlungsdienstleisters des Empfängers,
- (iii) bei Überweisungen (in EUR oder in einer anderen Währung) zugunsten eines Empfängers, dessen Konto bei einem Zahlungsdienstleister außerhalb des EWR geführt wird,
 - die IBAN und der BIC des Zahlungsdienstleisters des Empfängers, oder
 - die Kontonummer des Empfängers und entweder Name und BIC des Zahlungsdienstleisters des Empfängers.

(2) Zusätzlich zu den Kundenidentifikatoren gem. Abs 1 hat der Kunde den Namen des Empfängers

the same currency remains unaffected by the aforementioned arrangements.

F. Balancing of Accounts and Securities Account Statements

Section 37. (1) Unless otherwise agreed the bank shall balance the account on a quarterly basis. All interests and consideration accrued in a quarter year form part of the closing balance which in turn will be subject to further interest paid thereafter (compound interest). Lists of securities shall be prepared once a year.

(2) The statement of account including the balance of account/the lists of securities shall be kept available for the customer at the bank.

IV. GIRO TRANSACTIONS

A. Transfer Orders

1. General Provisions

Section 38. (1) Unique Customer Identifiers, which has to be used when initiating a payment order to be performed by the credit institution, are

- (i) In case of EUR transfers to a beneficiary which account is maintained in Austria or the European Economic Area (EEA), the International Bank Account Number (IBAN)
- (ii) In case of non-EUR transfers to a beneficiary which account is maintained in Austria or the European Economic Area (EEA), the International Bank Account Number (IBAN) and Bank Identifier Code (BIC) of the Payment Service Provider
- (iii) In case of transfers in EUR or non-EUR to a beneficiary which account is maintained outside the EEA
 - a. IBAN and BIC, or
 - b. Account number and name and BIC

(2) Additionally to the required customer unique identifiers pursuant to Section 1 the customer has to

anzugeben; dieser ist jedoch kein Kundenidentifikator.

(3) Die Angaben zu IBAN und BIC bzw. Kontonummer und Name/Bankleitzahl/BIC des Zahlungsdienstleisters des Empfängers, die vom Kunden im Rahmen der Absätze (1) und (2) zu machen sind, stellen den Kundenidentifikator des Empfängers dar, an Hand dessen der Überweisungsauftrag ausgeführt wird. Darüber hinausgehende Angaben zum Empfänger wie insbesondere der Name des Empfängers (Vor- und Nachname einer natürlichen Person bzw. Firma oder Name einer juristischen Person), der bei Erteilung des Überweisungsauftrags anzugeben ist, sind nicht Teil dieses Kundenidentifikators, und dienen lediglich Dokumentationszwecken sowie der Empfängerüberprüfung (Absatz 8), und bleiben bei Ausführung der Überweisung ansonsten aber unbeachtet..

(4) Der im Überweisungsauftrag angegebene Verwendungszweck ist für das Kreditinstitut in jedem Fall unbeachtlich.

(5) Die Übernahme eines Überweisungsauftrages durch das Kreditinstitut begründet allein noch keinerlei Rechte eines Dritten gegenüber dem Kreditinstitut.

(6) Das Kreditinstitut ist zur Durchführung eines Überweisungsauftrages nur dann verpflichtet, wenn dafür auf dem angegebenen Konto des Kunden vollständige Deckung (Guthaben, eingeräumter Rahmen) vorhanden ist.

(7) Der Kunde ist berechtigt, für die Erteilung des Überweisungsauftrags an das Kreditinstitut auch eine Zahlungsauslösedienst zu nutzen, es sei denn, das Zahlungskonto des Kunden ist für ihn nicht online zugänglich.

(8) Das Kreditinstitut erbringt bei Überweisungsaufträgen des Kunden in Euro zugunsten eines Empfängers, dessen Konto bei einem Zahlungsdienstleister innerhalb der Europäischen Union oder - soweit verfügbar - des EWR geführt wird, ab 9. Oktober 2025 eine Dienstleistung zur Überprüfung des Zahlungsempfängers (Empfängerüberprüfung). Im Rahmen der Empfängerüberprüfung erfolgt ein Abgleich der angegebenen IBAN des Empfängers (konkret: Name des Kontoinhabers des Empfängerkontos) mit dem vom Kunden angegebenen Namen des Empfängers und eine Information an den Kunden nach erfolgter Prüfung, sofern keine Übereinstimmung vorliegt. Handelt es sich beim Empfänger um eine juristische Person, hat der Kunde die IBAN des Empfängers zusammen mit der Rechtsträgerkennung (LEI) des

provide the name of the beneficiary, but this is not classified as customer unique identifier.

(3) The information on IBAN and BIC, or, as the case may be, on the account number and name/sort code/BIC of the payee's payment service provider, to be provided by the customer under paragraphs (1) and (2) shall constitute the payee's unique identifier on the basis of which the transfer order is carried out. Additional information relating to the payee such as, in particular, the name of the payee (first and last name of a natural person; company designation or name of a legal entity), which must be specified when giving the transfer order, shall not form part of the unique identifier and shall be used only for documentation purposes and to verify the recipient (paragraph 8) but shall otherwise be disregarded when carrying out the transfer.

(4) The designated purpose stated in the transfer order shall at all events be irrelevant to the bank.

(5) Acceptance of a transfer order by the bank shall by itself not give rise to any rights of a third party vis-à-vis the bank.

(6) The bank shall only be obliged to carry out a transfer order if sufficient funds to cover the total amount are available in the customer's account stated therein (credit balance, overdraft facility).

(7) The customer is entitled to use a payment initiation service to issue the transfer order to the bank, unless the customer's payment account cannot be accessed online.

(8) For transfer orders in euros placed by customers in favour of a payee whose account is held with a payment service provider in the European Union or, where applicable, the EEA, the bank, effective from 9 October 2025, will provide a service to verify the payee's identity (verification of payee) before initiating the transfer. During this verification of payee, the IBAN provided for the payee (specifically: name of the account holder associated with the payee account) is compared against the payee name provided by the customer and, if there is no match, the customer is notified immediately after the verification has been completed. If the payee is a legal entity and the customer has provided the payee's IBAN together with the payee's legal entity identifier (LEI) and these data elements are available in the internal system of the payee's payment service

Empfängers angegeben und stehen diese Datenelemente im internen System des Zahlungsdienstleisters des Empfängers zur Verfügung, werden ausschließlich diese Datenelemente (LEI) auf Übereinstimmung geprüft. Die Empfängerüberprüfung wird unmittelbar, nachdem der Kunde die relevanten Informationen zum Zahlungsempfänger übermittelt hat und bevor dem Kunden die Möglichkeit zur Autorisierung dieser Überweisung gegeben wird, durchgeführt. Im Falle papiergestützter Zahlungsaufträge führt das Kreditinstitut keine Empfängerüberprüfung durch, wenn der Zahler zum Zeitpunkt des Eingangs nicht anwesend ist. Wird der Kundenidentifikator oder der Name des Zahlungsempfängers von einem Zahlungsauslösedienstleister und nicht vom Kunden angegeben, erfolgt keine Empfängerüberprüfung durch das Kreditinstitut.

(9) Werden vom Kunden mehrere Zahlungsaufträge als Bündel beim Kreditinstitut eingereicht (Sammelüberweisung), wird das Ergebnis der Empfängerüberprüfung in einer Information zusammengefasst. Kunden, die Unternehmer sind, können bei Sammelüberweisungen auf die Empfängerüberprüfung verzichten. Nach einem Verzicht hat der Unternehmer jederzeit das Recht, die Empfängerüberprüfung wieder in Anspruch zu nehmen.

(10) Beim Kreditinstitut oder bei dem vom Kunden beauftragten Zahlungsauslösedienstleister eingegangene Überweisungsaufträge (Z 39, Z 39a) können vom Kunden nicht einseitig widerrufen werden. Ist zu einem Überweisungsauftrag ein späterer Durchführungstermin vereinbart, tritt die Unwiderruflichkeit erst mit Ablauf des dem Durchführungstermin vorangehenden Geschäftstages ein.

(11) Sofern das Kreditinstitut die Durchführung eines Überweisungsauftrages ablehnt, wird es den Kunden in der mit dem Kunden vereinbarten Form so rasch als möglich, jedenfalls aber innerhalb der in Ziffer Z 39b (3) und (4) genannten Fristen, über die Ablehnung und darüber informieren, wie der Überweisungsauftrag berichtigt werden kann, um die Durchführung künftig zu ermöglichen. Die Angabe eines Grundes für die Ablehnung wird nur erfolgen, sofern dies nicht einen Verstoß gegen österreichische oder gemeinschaftsrechtliche Rechtsvorschriften bzw. eine gerichtliche oder verwaltungsbehördliche Anordnung darstellen würde. Überweisungsaufträge, die das Kreditinstitut berechtigter Weise ablehnt, lösen die in Z 39b dieser Bedingungen vereinbarten Ausführungsfristen nicht aus. Bei Echtzeitüberweisungen erfolgt ab 9. Oktober 2025 innerhalb von 10 Sekunden nach Eingang des Zahlungsauftrages eine Information über die Ablehnung einer Überweisung bzw. ob der Betrag

provider, only these data elements (LEI) will be checked for a match. The verification of payee is performed immediately after the customer has provided the relevant payee information and before the customer is offered the possibility of authorising the transfer. In the case of paper-based payment orders, the bank will not perform a verification of payee if the payer is not present at the time of receipt. If the customer identifier or the name of the payee is provided by a payment initiation service provider and not by the customer, no verification of payee will be performed by the bank.

(9) If the customer submits multiple payment orders to the bank as a bundle (collective transfer), the result of the verification of payee is summarised in a single piece of information. Customers who are entrepreneurs can opt out of the payee verification for collective transfers. After opting out, the entrepreneur is entitled to request resumption of the verification of payee service at any time.

(10) Any transfer orders received by the bank or by the payment initiation service provider commissioned by the customer (section 39, 39a.) cannot be unilaterally revoked by the customer. If a later date of execution has been agreed for a transfer, the order shall become irrevocable only upon expiration of the banking day immediately preceding the date of execution.

(11) If the bank refuses execution of a transfer order, the refusal and ways to amend the transfer order to allow future execution shall be notified to the customer by the bank at the earliest opportunity, and in any case within the period specified in Section 39b (3) and (4), in the manner agreed with the customer. A reason for the refusal will only be provided where doing so does not violate Austrian or Community legislation and/or an order issued by a court or an administrative authority. Transfer orders refused by the bank for justified reasons shall not trigger the execution times stipulated in Section 39b of these GTC. For real-time transfers (express transfers), effective from 9 October 2025, information about the rejection of a transfer or whether the transaction amount has been made available in the payee's account will be provided within 10 seconds of receipt of the payment order.

des Zahlungsvorganges auf dem Konto des Empfängers verfügbar gemacht wurde.

(12) Informationen über ausgeführte Überweisungsaufträge (Referenz, Betrag, Währung, Entgelte, Zinsen, Wechselkurs, Wertstellung der Belastung) und sonstige zuzulasten seines Kontos ausgeführte Zahlungen, insbesondere im Rahmen des SEPA-Lastschriftverfahrens, werden dem Kunden anlässlich der jeweiligen Transaktion auf dem Kontoauszug ausgewiesen. Der Kunde, der eine natürliche Person ist und dessen Konto nicht zum Betrieb eines Unternehmens gehört, kann verlangen, dass ihm der Kontoauszug vom Kreditinstitut einmal monatlich kostenlos auf die mit ihm vereinbarte Weise (Ausdruck, elektronisch im Rahmen des Online-Banking) derart zugänglich gemacht wird, dass er diesen unverändert aufbewahren und reproduzieren kann. Ein Kunde der eine natürliche Person ist und dessen Konto nicht zum Betrieb eines Unternehmens gehört, kann zudem verlangen, dass ihm der Kontoauszug einmal monatlich gegen angemessenen Kostenersatz postalisch übermittelt wird.

(12) On request, information about executed transfer orders (reference, amount, currency, fees, interest, exchange rate, value date of the debit entry) as well as any other payments debited from the customer's account, particularly in relation to SEPA debits, are shown to the customer on the occasion of the respective transaction on the account statement. The customer, who is a natural person and whose account does not belong to the operation of a company, can request that the bank statement be made available to him once a month free of charge in the manner agreed with him (printout, electronically as part of online banking) that he can keep it unchanged and reproduce it. A customer who is a natural person and whose account does not belong to the operation of a company can also request that the account statement be sent to him by post once a month for a reasonable reimbursement of costs.

2. Ausführungsfristen

Z 39. (1) Zahlungsaufträge, die nach den für die jeweilige Zahlungsart vom Kreditinstitut festgelegten und dem Kunden mitzuteilenden Zeitpunkten nahe am Ende des Geschäftstages oder an einem Tag, der kein Geschäftstag ist, beim Kreditinstitut einlangen, werden so behandelt, als seien sie am folgenden Geschäftstag eingegangen. Zusätzlich veröffentlicht das Kreditinstitut diese Zeitpunkte in den "Informationen zu Zahlungsdienstleistungen für Verbraucher", die es elektronisch auf seiner Homepage bereithält. Als Geschäftstag gilt jeder Tag, an dem das Kreditinstitut geöffnet hat und den für die Ausführung von Zahlungsvorgängen erforderlichen Geschäftsbetrieb unterhält.

(2) Wird zwischen dem Kunden, der einen Zahlungsauftrag erteilt, und dem Kreditinstitut vereinbart, dass die Ausführung eines Zahlungsauftrages zu einem bestimmten Tag oder am Ende eines bestimmten Zeitraumes oder an dem Tag, an dem der Kunde dem Kreditinstitut den Geldbetrag zur Verfügung stellt, beginnen soll, so gilt der vereinbarte Termin als Zeitpunkt des Eingangs. Fällt der vereinbarte Termin nicht auf einen Geschäftstag des Kreditinstituts, so wird der Zahlungsauftrag so behandelt, als sei er am darauffolgenden Geschäftstag eingegangen.

(3) Das Kreditinstitut stellt sicher, dass nach dem Eingangszeitpunkt der Betrag, der Gegenstand des Zahlungsvorganges ist, spätestens am Ende des folgenden Geschäftstages (bei in Papierform

2. Execution Deadlines

Section 39. (1) Any payment orders the bank receives after the deadlines specified by the bank for the respective type of payment near the end of a banking day or on a day that is not a banking day, of which the customer must be notified, shall be treated as received on the following banking day. In addition, the bank shall publish these deadlines in its "General Information for Payment Services for Consumers", which it shall make available electronically on its website. A banking day shall be any day on which the bank is open for business as required for the execution of payment transactions.

(2) If the customer placing a payment order and the bank agree that execution of a payment order should commence on a specific date or at the end of a specific period or on the day on which the customer provides the bank with the relevant amount of money, then the agreed date shall be deemed the time of receipt. If the agreed date is not a banking day, the payment order shall be treated as if it had been received on the following banking day.

(3) The bank shall ensure that, after the time of receipt, the amount of the payment transaction will be received by the beneficiary's payment service provider no later than by the end of the following

ausgelösten Zahlungsvorgängen am Ende des zweitfolgenden Geschäftstages), beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers einlangt.

Dieser Absatz findet nur auf folgende

Zahlungsvorgänge Anwendung:

- Zahlungsvorgänge in EUR innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums
- Zahlungsvorgänge, bei denen Beträge in EUR auf ein Konto in einem nicht dem EUR-Währungsgebiet angehörenden EWR-Vertragsstaat transferiert werden und in diesem die Währungsumrechnung durchgeführt wird.

(4) Für in Abs. 3 nicht genannte Zahlungsvorgänge innerhalb des EWR beträgt die in Abs. 3 angesprochene Ausführungsfrist höchstens 4 Geschäftstage.

Z 39a. (1) Bei Echtzeitüberweisungs-Sammelaufträgen (Bündel von Echtzeitüberweisungen) ist vor der Durchführung des Auftrages eine Umwandlung der im Sammelauftrag enthaltenen Echtzeitüberweisungen in Einzelaufträge und die erfolgreiche Prüfung der Ausführungsvoraussetzungen für den jeweiligen Einzelauftrag durch das Kreditinstitut erforderlich. Das Kreditinstitut wird unverzüglich nach Erteilung eines Echtzeitüberweisungs-Sammelauftrages durch den Kunden mit der Umwandlung beginnen und diese so bald wie möglich abschließen. Die einzelnen Echtzeitüberweisungen gelten erst nach ihrer Umwandlung in Einzelaufträge zu den sich jeweils daraus ergebenden Zeitpunkten als beim Kreditinstitut eingegangen. Ist eine schnellere Ausführung eines Überweisungsauftrages gewünscht, ist dieser als Echtzeitüberweisungs-Einzelauftrag beim Kreditinstitut einzureichen.

Z 39b (1) Bei Echtzeitüberweisungen kann für die Ausführung eines Zahlungsauftrages auch ein bestimmter Zeitpunkt an einem bestimmten Tag oder der Zeitpunkt, an dem der Kunde dem Kreditinstitut den Geldbetrag zur Verfügung stellt, als Ausführungstermin vereinbart werden.

B. Gutschriften und Stornorecht

Z 40. (1) Bei aufrechem Girokontovertrag ist das Kreditinstitut verpflichtet und unwiderruflich befugt, Geldbeträge für den Kunden entgegenzunehmen und seinem Konto gutzubringen. Auch nach Auflösung des Girokontovertrages ist das Kreditinstitut berechtigt, Geldbeträge für den Kunden entgegenzunehmen, soweit Verbindlichkeiten des Kunden aus dem Konto bestehen. Den Auftrag, einem Kunden einen Geldbetrag zur Verfügung zu stellen, wird das Kreditinstitut durch Gutschrift des Betrages auf dem Konto des Zahlungsempfängers

banking day (by the end of the second following banking day whenever payment transactions are initiated in paper form).

This paragraph only applies to the following payment transactions:

- Payment transactions in EUR within the European Economic Area
- Payment transactions in which amounts in EUR are transferred to an account in an EEA contracting state that is not part of the EUR currency area and currency conversion is carried out in this country.

(4) For payment transactions within the EEA not mentioned in Paragraph 3, the execution period mentioned in Paragraph 3 is a maximum of 4 business days.

Section 39a (1) For collective real-time transfer orders (i.e. a bundle of real-time transfers (express transfers)), the real-time transfers contained in the collective order must be converted into individual orders and the execution requirements for each individual order must be successfully verified by the bank before the order is executed. The bank shall commence the conversion process immediately after a collective real-time transfer order has been issued by the customer and shall complete it as soon as possible. The individual real-time transfers shall only be deemed to have been received by the bank after they have been converted into individual orders, at the respective times resulting from that conversion process. For expedited execution of a transfer order, the order must be submitted to the bank as an individual real-time transfer order.

Section 39b (1) For real-time transfers, the execution of a payment order can also be scheduled for a specific time on a specific day, or for the time at which the customer makes the funds available to the bank.

B. Credit Entries and Right to Cancel

Section 40. (1) In case of a valid current account agreement, the bank shall be obliged and irrevocably entitled to accept funds on behalf of the customer and credit these to his/her account. Even after termination of the giro contract the bank shall be entitled to accept funds on behalf of the customer to the extent obligations of the customer exist in connection with the account. Unless otherwise indicated in the order, the bank shall carry out an order to provide a customer with an amount of money by crediting the amount to the beneficiary's account. If no foreign

ausführen, wenn sich aus dem Auftrag nichts anderes ergibt. Lautet jener Betrag, der dem Konto des Kunden gutzuschreiben ist, auf eine andere Währung als das Konto, erfolgt die Gutschrift mangels ausdrücklicher gegenteiliger Weisung des Kunden in inländischer Währung; die Abrechnung erfolgt zum Kurs des Tages, an dem der Geldbetrag in ausländischer Währung zur Verfügung des Kreditinstituts steht und von diesem verwertet werden kann.

(2) Informationen über seinem Konto gutgeschriebene Überweisungen (Referenz, Betrag, Währung, Entgelte, Zinsen, Wechselkurs, Wertstellung der Gutschrift) werden dem Kunden, der Verbraucher ist, - sofern noch nicht anlässlich der jeweiligen Transaktion im Kontoauszug ausgewiesen - auf Anfrage einmal monatlich kostenlos im Kreditinstitut auf Papier zur Verfügung gehalten.

(3) Das Kreditinstitut ist berechtigt, eigene Entgelte für die Überweisung vom gutzuschreibenden Betrag abzuziehen. Das Kreditinstitut wird den Überweisungsbetrag und abgezogene Entgelte gesondert ausweisen.

(4) Das Kreditinstitut kann Gutschriften, die es aufgrund eines eigenen Irrtums vorgenommen hat, jederzeit stornieren. In anderen Fällen wird das Kreditinstitut die Gutschrift nur dann stornieren, wenn ihm die Unwirksamkeit des Überweisungsauftrages eindeutig nachgewiesen wurde. Durch einen zwischenzeitlichen Rechnungsabschluss wird das Recht zum Storno nicht beseitigt. Besteht das Recht zum Storno, kann das Kreditinstitut die Verfügung über die gutgeschriebenen Beträge verweigern.

C. Gutschrift – Eingang vorbehalten

Z 41. (1) Schreibt das Kreditinstitut Beträge, die es im Auftrag des Kunden einzuziehen hat (insbesondere im Rahmen des Inkasso von Schecks, Wechseln und anderen Wertpapieren, Lastschriften etc.) oder die auf das Konto des Kunden überwiesen werden sollen, dem Konto des Kunden gut, bevor der einzuziehende oder überwiesene Betrag beim Kreditinstitut eingelangt ist, so geschieht dies nur unter Vorbehalt des tatsächlichen Einlangens des gutgeschriebenen Betrages beim Kreditinstitut. Dies gilt auch dann, wenn der einzuziehende Betrag beim Kreditinstitut zahlbar sein sollte.

(2) Aufgrund des Vorbehalts ist das Kreditinstitut berechtigt, die Gutschrift durch einfache Buchung rückgängig zu machen, wenn der Einzug oder die Überweisung gescheitert ist oder aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Zahlungsverpflichteten, behördlicher Eingriffe oder anderer Gründe absehbar ist, dass das Kreditinstitut

currency account exists the bank shall be entitled to credit foreign currency amounts in national currency unless expressly instructed to the contrary by the customer. The amount shall be converted at the conversion rate of the day on which the amount in foreign currency is at the bank's disposal and may be used by it.

(2) On request, information about transfers credited to his/her account (reference, amount, currency, fees, interest, exchange rate, value date of the credit entry) shall be made available on paper at the bank free of charge once monthly to customers who qualify as consumers – unless already shown for the relevant transaction in the statement of account.

(3) The bank shall be entitled to deduct its fees for the relevant transfer from the credited amount. The bank shall show the transferred amount and deducted fees separately.

(4) The bank shall be entitled to cancel any credit entries made due to an error on its part at any time. In other cases, the bank shall cancel the credit entry only if it has been clearly demonstrated the ineffectiveness of the transfer order. The right to cancel shall not be eliminated by any balancing of the account in the meantime. Where the right to cancel is recognised, the bank may deny disposal over the credited amounts.

C. Credit Entry - Subject to Receipt

Section 41. (1) If the bank credits funds which it is obliged to debit on behalf of the customer (in particular, within the scope of collecting cheques, bills of exchange and other securities, debit notes, etc.), or which are to be transferred to the customer's account before the amount to be debited or transferred is received by the bank, the credit entry shall only be made subject to the bank's actual receipt of the credited amount. The same shall apply if the amount to be debited is payable to the bank.

(2) Due to this reservation, the bank shall be entitled to reverse the credit by means of a simple entry if debiting or the transfer has failed or if, due to the financial situation of a debtor, intervention by a public authority or for other reasons, it is to be expected that the bank will not obtain the unrestricted

die unbeschränkte Verfügungsmöglichkeit über den einzuziehenden oder überwiesenen Betrag nicht erlangen wird.

(3) Der Vorbehalt kann ferner ausgeübt werden, wenn der gutgeschriebene Betrag im Ausland eingezogen oder vom Ausland überwiesen wurde und nach dem ausländischen Recht oder aufgrund einer mit ausländischen Kreditinstituten getroffenen Vereinbarung von dritter Seite dem Kreditinstitut rückbelastet wird.

(4) Bei aufrehtem Vorbehalt ist das Kreditinstitut auch berechtigt, dem Kunden die Verfügung über die gutgeschriebenen Beträge zu verweigern. Der Vorbehalt wird durch Rechnungsabschlüsse nicht beseitigt.

D. Belastungsbuchungen

Z 42. (1) Bei Überweisungsaufträgen (ausgenommen Echtzeitüberweisungen) sind Belastungsbuchungen erst dann als Mitteilung über die Durchführung zu verstehen, wenn die Belastungsbuchung nicht innerhalb von zwei Geschäftstagen (siehe Z 39. (1) dieser Bedingungen) rückgängig gemacht wird.

(2) Schecks und sonstige Zahlungsanweisungen sowie SEPA-Firmen-Lastschriften (Z 42a.) sind eingelöst, wenn die Belastungsbuchung auf dem bezogenen Konto des Kunden nicht innerhalb von drei Geschäftstagen rückgängig gemacht wird, es sei denn, das Kreditinstitut hat schon zuvor den Einreicher von der Einlösung verständigt oder an ihn Barzahlung geleistet. SEPALastschriften (Z 42a. (3)) sind mit Ablauf von fünf Geschäftstagen eingelöst.

E. SEPA-Lastschriften

Z 42a. (1) Ein SEPA-Lastschriftmandat liegt vor, wenn der Zahler einem Zahlungsempfänger die Ermächtigung erteilt hat, Beträge von seinem Konto einzuziehen. Ein SEPAFirmenlastschriftmandat liegt vor, wenn der Zahler einem Zahlungsempfänger die Ermächtigung erteilt hat, Beträge von seinem Konto einzuziehen, wobei sowohl Zahler als auch Zahlungsempfänger Unternehmer sind und der Zahler seinem Kreditinstitut einen entsprechenden Abbuchungsauftrag erteilt hat. Der Kunde stimmt der Belastung seines Kontos mit Beträgen, die von ihm ermächtigte Dritte mittels SEPA-Lastschrift bzw. SEPAFirmenlastschrift zulasten seines Kontos beim Kreditinstitut einziehen, zu. Diese Zustimmung kann vom Kunden jederzeit schriftlich widerrufen werden. Ein derartiger Widerruf wirkt ab dem seinem Eingang beim Kreditinstitut folgenden Geschäftstag. In gleicher Weise kann gegenüber dem Kreditinstitut die Zustimmung für Einzüge eines ermächtigten Dritten mittels SEPALastschrift bzw. SEPA-

right to dispose of the amount to be debited or transferred.

(3) The reservation may also be exercised if the amount credited was collected or transferred from abroad and the bank is re-debited the amount by a third party pursuant to the applicable foreign law or on the basis of an agreement entered into with foreign banks.

(4) Where the reservation applies, the bank shall also be entitled to deny the customer the right to use the credited amounts. The reservation shall not be eliminated by a balancing of accounts.

D. Debit Entries

Section 42. (1) For transfer orders (with the exception of real-time transfers) debit entries shall only be considered a confirmation that the order has been carried out, if the debit entry is not reversed within two banking days (see section 39a. (1) of the GTC).

(2) Unless the bank has informed the presenter or paid him/her the amount in cash prior thereto, cheques and other payment orders as well as corporate SEPA debits (section 42a.) shall be deemed cashed/honoured once the debit entry has not been cancelled on the customer's debited account within three banking days. SEPA direct debits (Section 42a. (3)) are redeemed at the end of five business days.

E. Direct Debits and Standing Orders

Section 42a. (1) A SEPA debit mandate is when the payer grants a payee the authority to debit amounts from his account. A corporate SEPA debit mandate is when the payer grants a payee the authority to debit amounts from his account, both the payer and the payee are companies and the payer places a pertinent debit order with his bank. The customer agrees to have his account debited - by third parties he authorises using SEPA direct debit or, as the case may be, corporate SEPA debit - with amounts collected from the account he holds with the bank. This consent may be revoked at any time in writing. Such revocation shall take effect from the business day following receipt by the bank. In the same manner, approval for direct debits by an authorised third party - using SEPA direct debit or, as the case may be, corporate SEPA debit - can be limited vis-à-vis the bank to a specific amount or a specific period or both.

Firmenlastschrift auf einen bestimmten Betrag oder eine bestimmte Periodizität oder beides begrenzen.

(2) Das Kreditinstitut führt SEPA-Lastschriften und SEPA-Firmenlastschriften, mit welchen das Konto des Kunden belastet werden soll, aufgrund der vom einziehenden Kreditinstitut übermittelten International Bank Account Number (IBAN) durch. Die Angaben zur IBAN stellen den Kundenidentifikator dar, an Hand dessen der die SEPA-Lastschrift bzw. SEPA-Firmenlastschrift durchgeführt werden. Werden von der einziehenden Bank darüber hinaus gehende Angaben zum Kunden, wie insbesondere der Name des Kontoinhabers des Kontos, von dem eingezogen werden soll, gemacht, dienen diese daher lediglich zu Dokumentationszwecken und bleiben bei der Ausführung der SEPA-Lastschrift bzw. SEPA-Firmenlastschrift unbeachtet.

(3) Der Kunde kann vom Kreditinstitut die Erstattung des seinem Konto aufgrund eines von ihm erteilten SEPA-Lastschriftmandates angelasteten Betrags binnen acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastung seines Kontos verlangen. Das Kreditinstitut hat diesem Verlangen des Kunden innerhalb von zehn Geschäftstagen nach Erhalt nachzukommen und die Belastung seines Kontos mit dem eingezogenen Betrag mit Wertstellung zum Datum der Belastung des Kontos rückgängig zu machen.

(4) Abweichend von Absatz (3) hat bei SEPA-Firmenlastschriften der Kunde kein Recht, die Erstattung des seinem Konto aufgrund eines von ihm erteilten SEPA-Firmenlastschriftmandates angelasteten Betrages zu verlangen.

(5) War die zulasten des Kontos des Kunden ausgeführte SEPA-Lastschrift bzw. SEPA Firmenlastschrift vom Kunden nicht autorisiert, kann der Kunde, der Verbraucher ist, die Erstattung des belasteten Betrages binnen 13 Monaten ab der Belastung und der Kunde, der Unternehmer ist, binnen dreier Monate ab der Belastung verlangen. Die Frist wird jeweils nur ausgelöst, wenn das Kreditinstitut dem Kunden die Information nach Z 38. (9) zur Verfügung gestellt hat.

V. ENTGELTE FÜR LEISTUNGEN UND AUFWANDERSATZ

A. Entgelts- und Leistungsänderungen gegenüber Unternehmern und Aufwandersatz durch Unternehmer

Z 43. (1) Das Kreditinstitut kann im Geschäft mit Unternehmern Entgelte für Dauerleistungen die das Kreditinstitut oder der Kunde zu leisten hat

(2) The bank executes SEPA direct debits and corporate SEPA debits that are to be debited against the customer's account on the basis of the International Bank Account Number (IBAN) provided by the collecting bank. The IBAN information constitutes the customer identifier that is used to execute the SEPA direct debit or the corporate SEPA debit entry. If the collecting bank provides further information about the customer, such as the name of the account holder whose account is to be debited, this is therefore merely for documentation purposes and is not taken into account when executing the SEPA direct debit or the corporate SEPA debit.

(3) The customer may request the bank to return the amount debited from his account on the basis of a SEPA direct debit granted by him within a period of eight weeks from the time his account was debited. Within a period of ten banking days from receipt of the request, the bank shall comply with such a request submitted by the customer and return the amount debited from the customer's account as of the value date on which the debit was originally made from the customer's account.

(4) By way of derogation from section (3), the customer shall not be entitled to have an amount returned that was debited from his account on the basis of a corporate SEPA debit mandate granted by him.

(5) If the SEPA direct debit or, as the case may be, the corporate SEPA debit from the customer's account was not authorised, customers who qualify as consumers may request reimbursement of the debited amount within a period of 13 months from the original debit and customers who qualify as entrepreneurs may request such a return within a period of three months from the original debit. The time limit shall begin only once the bank has provided the customer with the information specified in section 38. (9).

V. FEES FOR SERVICES AND REIMBURSEMENT OF EXPENSES

A. Changes to Fees and Service for Entrepreneurs and Reimbursement of Expenses by Entrepreneurs

Section 43. (1) In business transactions with entrepreneurs, the bank shall be entitled to amend the fee payable on the basis for permanent contracts by

(einschließlich Soll- und Habenzinsen auf Giro- oder anderen Konten, Kontoführungsgebühren, etc.), unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände (insbesondere Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, Veränderungen auf dem Geld- oder Kapitalmarkt, Veränderungen der Refinanzierungskosten, Veränderungen des Personal- und Sachaufwandes, Veränderungen des Verbraucherpreisindex, etc.) nach billigem Ermessen ändern.

(2) Über Absatz (1) hinausgehende Änderungen von Leistungen des Kreditinstituts oder der Entgelte des Kunden, die Einführung neuer zusätzlich zu entgeltender Leistungen sowie neuer Entgelte für schon vereinbarte Leistungen sind nur mit Zustimmung des Kunden möglich, wobei solche Änderungen, wenn nicht zuvor eine ausdrückliche Zustimmung des Kunden erteilt wird, zwei Monate nach Verständigung des Kunden über die vom Kreditinstitut angebotene Änderung wirksam werden, sofern bis dahin kein schriftlicher Widerspruch des Kunden beim Kreditinstitut einlangt. Das Kreditinstitut wird den Kunden in der Verständigung auf die jeweils angebotene Änderung sowie darauf aufmerksam machen, dass sein Stillschweigen mit Fristablauf als Zustimmung gilt. Die Verständigung über die angebotene Änderung kann das Kreditinstitut auf eine mit dem Unternehmer vereinbarte Weise zum Abruf bereithalten.

B. Änderungen der mit Verbrauchern vereinbarten Entgelte für Zahlungsdienste (ausgenommen Sollzinsen)

Z 44a. (1) Änderungen der in einem Rahmenvertrag für Zahlungsdienste (insbesondere des Girovertrags) vereinbarten Entgelte werden dem Kunden vom Kreditinstitut spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Inkrafttretens, das ist der 1. April oder der 1. Juli eines Jahres, angeboten. Die Zustimmung des Kunden zu diesen Änderungen gilt als erteilt, wenn beim Kreditinstitut vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens kein Widerspruch des Kunden einlangt. Darauf wird das Kreditinstitut den Kunden im Änderungsangebot, das dem Kunden mitzuteilen ist und in dem das Ausmaß der Änderung darzustellen ist, hinweisen. Der Kunde hat das Recht, den Rahmenvertrag bis zum Inkrafttreten der Änderung kostenlos fristlos zu kündigen. Auch darauf wird das Kreditinstitut im Änderungsangebot hinweisen.

(2) Auf dem in Absatz (1) vereinbarten Weg darf mit dem Kunden maximal eine Anpassung der Entgelte an die Entwicklung des von der Statistik Austria veröffentlichten nationalen Verbraucherpreisindex 2015 ("Verbraucherpreisindex") und dies nur einmal im Kalenderjahr vereinbart werden. Die Anpassung erfolgt im Ausmaß des Jahresdurchschnittes der

the bank or the customer (including credit and debit interest on current and other accounts, account keeping fees, etc.) while taking into account all relevant circumstances (in particular, changes in the legal framework conditions, changes in the money market or capital market, changes to the refinancing cost, changes in the staff expenses and operating expenditure, changes in the Consumer Price Index, etc.) at its reasonable discretion.

(2) Changes to bank services or customer fees exceeding the scope of subsection (1), the introduction of new services that are subject to cost and of new fees for already agreed services will be offered to the customer at the latest two months prior to the proposed date of entry into force and are subject to the customer's consent. If the approval was not yet explicitly given, the customer's consent to these changes shall nevertheless be deemed given, unless the bank receives a written objection from the customer prior to the proposed time at which such changes enter into force. The bank shall point this out to the customer in the amendment proposal. The bank may keep the amendment proposal available for retrieval in a manner agreed with the entrepreneur.

B. Changes to Fees for Payment Services agreed with Consumers (except debit interest)

Section 44a. (1) Changes to the fees agreed in a master agreement for payment services (particularly the current account agreement) will be offered to the customer by the bank two months prior to the proposed date of entry into force at the latest, i.e. on April 1 or July 1 of a given year. The customer's consent to these changes shall be deemed given, unless the bank receives an objection from the customer prior to the proposed time at which such changes enter into force. The bank will point this out in the amendment proposal, which the bank is required to present to the customer, and in which the extent of the change must be shown. The customer shall have the right to terminate the master agreement free of charge until that point in time at which the change takes effect without having to give notice. The bank shall also point this out in the amendment proposal.

(2) Any agreement with the customer related to a change to fees in the manner agreed in subsection (1) must not exceed the development of the national consumer price index 2015 ("Verbraucherpreisindex") published by Statistics Austria and is permitted only once per calendar year. The adjustment shall amount to the annual average of

Inflationsraten des jeweils vergangenen Jahres. Das sich aus der Anpassung ergebende Entgelt wird kaufmännisch auf ganze Cent gerundet. Wurde dem Kunden in einem Jahr die sich aus der Entwicklung des Verbraucherpreisindex ergebende Entgeltsanpassung nicht angeboten, so kann diese Anpassung dem Kunden auch später noch mit Wirkung für die Zukunft angeboten werden.

C. Änderungen der mit Verbrauchern vereinbarten Entgelte außerhalb der Zahlungsdienste (ausgenommen Sollzinsen)

Z 44b. Die mit Verbrauchern in einem Dauervertrag, der keine Zahlungsdienste betrifft, vereinbarten Entgelte (wie z. B. Safemiete, Kontoführungsentgelte für Konten, über die keine Zahlungsdienste abgewickelt werden) werden jährlich mit Wirkung ab dem 1. April jeden Jahres der Entwicklung des von der Statistik Austria veröffentlichten nationalen Verbraucherpreisindex 2015 ("Verbraucherpreisindex") angepasst (erhöht oder gesenkt), wobei jeweils eine kaufmännische Rundung auf ganze Cent erfolgt. Die Anpassung erfolgt im Ausmaß des Jahresdurchschnittes der Inflationsraten des jeweils vergangenen Jahres. Erfolgt bei Erhöhung des Index eine Anhebung der Entgelte aus welchen Gründen immer nicht, so ist dadurch das Recht auf diese Anhebung mit Wirkung für die Zukunft nicht verloren gegangen. Entgeltsanpassungen erfolgen frühestens nach Ablauf zweier Monate, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses.

D. Änderung der mit Verbrauchern vereinbarten Soll- und Habenzinsen

Z 44c. (1) Bindet eine Anpassungsklausel einen Zinssatz an einen Referenzzinssatz (wie z. B. den EURIBOR), so werden Änderungen unmittelbar ohne vorherige Benachrichtigung des Kunden wirksam. Der Verbraucher wird über wirksam gewordene Änderungen des Zinssatzes spätestens im folgenden Kalenderquartal informiert.

(2) Wurde keine Anpassungsklausel vereinbart, so bietet das Kreditinstitut dem Kunden eine Erhöhung des Zinssatzes spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Inkrafttretens an. Die Zustimmung des Kunden zu dieser Erhöhung gilt als erteilt, wenn beim Kreditinstitut vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens kein Widerspruch des Kunden einlangt. Darauf wird das Kreditinstitut den Kunden im Änderungsangebot, in dem das Ausmaß der Erhöhung darzustellen ist, hinweisen. Das Kreditinstitut kann das Änderungsangebot auf eine mit dem Kunden vereinbarte Weise zum Abruf bereithalten. Sollte das Änderungsangebot jedoch ein Konto, über das Zahlungsdienste abgewickelt werden, betreffen, so ist es dem Kunden mitzuteilen und der Kunde hat das

the inflation rates of the respectively preceding year. The fee resulting from the adjustment shall be commercially rounded to the nearest full cent. If a fee adjustment resulting from the development of the consumer price index was not offered to the customer in a given year, this adjustment can be offered to the customer later, having effect for the future.

C. Changes to Fees outside of Payment Services agreed with Consumers (except debit interest)

Section 44b. The fees agreed with consumers in a permanent contract that does not relate to permanent services (e.g. safe rental, account keeping charges for accounts on which no payments are transacted) shall be adjusted once a year to take effect as of 1 April on the basis of the performance (increase or decrease) of the national Consumer Price Index 2015 ("Verbraucherpreisindex") as published by Statistics Austria, commercially rounded to the next whole cent. The adjustment shall amount to the annual average of the inflation rates of the respectively preceding year. Should, for whatever reason, the fees not increase in spite of an increase of the index, the right for increases that become effective in the future shall in no way be affected. Adjustments of fees shall be implemented no earlier than two months from the time of contract conclusion.

D. Change to Debit and Credit Interest Rates agreed with Consumers

Section 44c. (1) If an adjustment clause ties an interest rate to a reference interest rate (such as EURIBOR), changes shall take effect immediately without prior notification of the customer. A consumer shall be notified of changes to the interest rate that have taken effect in the following calendar quarter at the latest.

(2) If no adjustment clause was agreed, the bank shall offer the customer a rise of the interest rate two months prior to the proposed date of entry into force at the latest. The customer's consent to this rise shall be deemed given, unless the bank receives an objection from the customer prior to the proposed time at which such change enters into force. The bank shall point this out in the amendment proposal, in which the extent of the rise must be shown. The bank may keep the amendment proposal available for retrieval in a manner agreed with the customer. If, however, the amendment proposal concerns an account via which payment services are processed, the customer must be notified thereof and has the right to terminate the master

Recht, den diesbezüglichen Rahmenvertrag bis zum Inkrafttreten der Änderung kostenlos fristlos zu kündigen. Auch auf dieses Kündigungsrecht wird das Kreditinstitut im Änderungsangebot hinweisen. Senkungen des Zinssatzes werden ohne Zustimmung des Kunden wirksam. Das Kreditinstitut informiert den Kunden umgehend über eine erfolgte Senkung.

(3) Auf dem in Absatz (2) vorgesehenen Weg darf das Kreditinstitut mit dem Kunden eine Zinssatzanpassung jedoch nur unter folgenden Voraussetzungen vereinbaren:

- Die angebotene Zinssatzanpassung entspricht bei einer Anpassung von Sollzinssätzen der Entwicklung der Kosten des Kreditinstituts im Zusammenhang mit dem jeweiligen Kredit seit dem Abschluss der der aktuellen Verzinsung zugrundeliegenden Vereinbarung, wobei alle sachlich gerechtfertigten Umstände (Veränderung der finanzmarktregulatorischen Rahmenbedingungen, Veränderungen auf dem Geld- oder Kapitalmarkt, Veränderungen der Refinanzierungskosten, Veränderungen des Personal- oder Sachaufwandes) zu berücksichtigen sind.

- Die angebotene Zinssatzanpassung entspricht bei einer Anpassung von Habenzinssätzen der Entwicklung der Kosten und Wiederveranlungsmöglichkeiten des Kreditinstituts im Zusammenhang mit dem jeweiligen Guthaben seit dem Abschluss der der aktuellen Verzinsung zugrundeliegenden Vereinbarung, wobei alle sachlich gerechtfertigten Umstände (Veränderung der gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Rahmenbedingungen, Veränderungen auf dem Geld- oder Kapitalmarkt, Veränderungen des Personal- oder Sachaufwandes) zu berücksichtigen sind.

- Eine Zinssatzerhöhung nach Absatz (2) darf 0,5 %-Punkte pro Jahr nicht übersteigen. Eine Zinssatzsenkung kann unbeschränkt erfolgen.
- Im Änderungsangebot wird darauf hingewiesen, dass die der Verzinsung zugrundeliegende Vereinbarung keine einseitige Zinssatzanpassung vorsieht.

Eine Änderung des Zinssatzes im Rahmen des Absatz (2) ist frühestens ein Jahr nach dem Abschluss der der aktuellen Verzinsung zugrundeliegenden Vereinbarung zulässig.

E. Änderung der mit Verbrauchern in Dauerverträgen vereinbarten Leistungen ausgenommen Habenzinsen)

Z 45. (1) Änderungen der vom Kreditinstitut mit dem Kunden in einem Dauervertrag vereinbarten Leistungen werden dem Kunden vom Kreditinstitut spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Inkrafttretens angeboten. Die Zustimmung des Kunden zu diesen Änderungen gilt als erteilt, wenn beim Kreditinstitut vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens kein

agreement free of charge until that point in time at which the change takes effect, without having to give notice. The bank shall also point out this right to termination in the amendment proposal. Reductions of the interest rate will become effective without the customer's consent. The bank will inform the customer immediately about such a reduction.

(3) The bank may agree an interest rate adjustment with the customer in the manner agreed in subsection (2) only under the following conditions:

- In the case of an adjustment to debit interest rates, the proposed interest rate adjustment shall correspond to the development of the bank's costs related to the respective loan since conclusion of the agreement that is subject to the current interest rate, while taking into account all objectively justifiable circumstances (changes to the regulatory framework of the financial markets, changes in the money market or capital market, changes in the refinancing costs, changes in the staff expenses and operating expenditure).

- In the case of an adjustment of credit interest rates, the proposed interest rate adjustment shall correspond to the development of the bank's costs and reinvestment options related to the respective credit since conclusion of the agreement that is subject to the current interest rate, while taking into account all objectively justifiable circumstances (changes to statutory and supervisory framework conditions, changes in the money market or capital market, changes in the staff expenses or other administrative expenses).

- A rise of the interest rate as set forth in subsection (2) must not exceed 0.5 percent annually. The interest rate can be reduced without any limitation.

- The amendment proposal shall point out that the agreement to which the interest rate is subject does not specify unilateral interest rate adjustment. A change to the interest rate in the context of subsection (2) may take effect at the earliest one year after conclusion of the agreement on which the current interest rate is based.

E. Change of Permanent Services agreed with Consumers (except credit interest)

Section 45. (1) The bank shall propose changes with respect to the permanent services agreed the customer in a permanent contract to the customer by the bank no later than two months prior to the proposed time of their entry into force. The customer's consent to these changes shall be deemed given, unless the bank receives an objection from the customer prior to the proposed time at which such changes enter into force.

Widerspruch des Kunden einlangt. Darauf wird das Kreditinstitut den Kunden im Änderungsangebot hinweisen. Das Kreditinstitut kann das Änderungsangebot auf eine mit dem Kunden vereinbarte Weise zum Abruf bereithalten. Sollte das Änderungsangebot jedoch Zahlungsdienste betreffen, so ist es dem Kunden mitzuteilen und der Kunde hat das Recht, den diesbezüglichen Rahmenvertrag bis zum Inkrafttreten der Änderung kostenlos fristlos zu kündigen. Auch auf dieses Kündigungsrecht wird das Kreditinstitut im Änderungsangebot hinweisen.

(2) Auf dem in Absatz (1) vorgesehenen Weg darf das Kreditinstitut mit dem Kunden eine Leistungsänderung jedoch nur vereinbaren, wenn dies unter Berücksichtigung aller Umstände (Änderung der vorherrschenden Kundenbedürfnisse, finanzmarktregulatorischer Anforderungen, der Sicherheit des Bankbetriebs, der technischen Entwicklung oder des erheblich gesunkenen, die Kostendeckung wesentlich beeinträchtigenden sinkenden Nutzungsgrads der Leistung) sachlich gerechtfertigt ist. Eine solche sachliche Rechtfertigung liegt nur dann vor, wenn sich aus der angebotenen Leistungsänderung eine Ausweitung der Leistungen des Kreditinstituts oder eine für den Kunden zumutbare Einschränkung der Leistungen des Kreditinstituts - und keine unverhältnismäßigen Änderungen wesentlicher Rechte und Pflichten zugunsten des Kreditinstitutes ergeben.

F. Aufwandsersatz durch Unternehmer

Z 46. Der Kunde, der Unternehmer ist, trägt alle aufgrund der Geschäftsverbindung mit ihm entstehenden, notwendigen und nützlichen Aufwendungen, Auslagen, Spesen und Kosten, insbesondere Stempel- und Rechtsgebühren, Steuern, Porti, Kosten für Versicherung, Rechtsvertretung, Betreuung und Einbringung, betriebswirtschaftliche Beratung, Telekommunikation sowie Bestellung, Verwaltung und Verwertung oder Freigabe von Sicherheiten. Das Kreditinstitut darf diese Aufwendungen ohne Einzelaufstellungen in einem Gesamtbetrag in Rechnung stellen, soweit der Kunde nicht ausdrücklich eine Einzelaufstellung verlangt.

VI. SICHERHEITEN

A. Bestellung und Verstärkung von Sicherheiten

Z 47. (1) Wenn in Geschäftsbeziehungen mit Unternehmern nachträglich Umstände eintreten oder bekannt werden, die eine erhöhte Risikobewertung der Ansprüche gegen den Kunden rechtfertigen, ist das Kreditinstitut berechtigt, die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten innerhalb angemessener Frist zu verlangen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sich die

The bank shall point this out to the customer in the amendment proposal. The bank may keep the amendment proposal available for retrieval in a manner agreed with the customer. However, if the amendment proposal concerns payment services, the customer must be notified thereof and has the right to terminate the master agreement free of charge until that point in time at which the change takes effect, without having to give notice. The bank shall also point out this right to termination in the amendment proposal.

(2) The bank may agree a service change with the customer in the manner agreed in subsection (1) only if this is objectively justified in consideration of all circumstances (change of prevailing customer needs, change of the regulatory framework of financial markets, security of banking operation, technical development or decreased level of utility of the service that considerably prejudices cost coverage). Such objective justification shall be given only if the proposed change in services results in an extension of the bank's services or a limitation of the bank's services that can be reasonably accepted by the customer and not in any unreasonable change to essential rights and duties in the bank's favour.

F. Reimbursement of Expenses by Entrepreneurs

Section 46. The customer who qualifies as an entrepreneur shall bear all expenses, disbursements and costs, in particular stamp duties and legal transaction charges, taxes, postage, cost of insurance, legal counsel, collection, consultancy services in business administration matters, telecommunications as well as provision, administration and utilisation or release of collateral incurred in connection with the business relation between him/her and the bank. The bank shall be entitled to charge such expenses as a lump-sum amount without having to specify the individual amounts unless the customer expressly demands itemisation of the individual amounts.

VI. COLLATERAL

A. Provision and Increase of Collateral

Section 47. (1) If circumstances occur or become known subsequently in business relations with entrepreneurs that justify an increased risk assessment of the claims vis-à-vis the customer, the bank shall be entitled to demand the provision or increase of collateral within a reasonable period of time. In particular, this shall be the case if the customer's financial situation has deteriorated or

wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden nachteilig verändert haben oder zu verändern drohen oder die vorhandenen Sicherheiten sich wertmäßig verschlechtert haben oder zu verschlechtern drohen.

(2) Dies gilt auch, wenn bei Entstehen der Ansprüche die Bestellung von Sicherheiten nicht verlangt wurde.

B. Pfandrecht des Kreditinstituts

1. Umfang und Entstehen

Z 48. (1) Der Kunde räumt dem Kreditinstitut ein Pfandrecht für Forderungen an Sachen und Rechten jeder Art ein, die mit Willen des Kunden im Zusammenhang mit irgendeinem mit dem Kreditinstitut getätigten Bankgeschäft in die Innehabung des Kreditinstituts gelangen.

(2) Das Pfandrecht besteht insbesondere auch an allen pfändbaren Ansprüchen des Kunden gegenüber dem Kreditinstitut, z. B. aus Guthaben. Unterliegen dem Pfandrecht des Kreditinstituts Wertpapiere, so erstreckt sich das Pfandrecht auch auf die zu diesen Wertpapieren gehörenden Zins- und Gewinnanteilscheine.

Z 49. (1) Das Pfandrecht sichert die Ansprüche des Kreditinstituts gegen den Kunden aus der Geschäftsverbindung, auch wenn die Ansprüche bedingt, befristet oder noch nicht fällig sind. Ist der Kunde Unternehmer, sichert das Pfandrecht auch gesetzliche Ansprüche des Kreditinstituts sowie Ansprüche gegen Dritte, für deren Erfüllung der Kunde persönlich haftet.

(2) Das Pfandrecht entsteht mit der Erlangung der Innehabung der Pfandsache durch das Kreditinstitut, sofern Ansprüche des Kreditinstituts gemäß Absatz (1) bestehen, andernfalls mit dem Zeitpunkt des späteren Entstehens solcher Ansprüche; dies vorbehaltlich der Ausnahme vom Pfandrecht gemäß Z 50. (1).

2. Ausnahmen vom Pfandrecht

Z 50. (1) Nicht vom Pfandrecht umfasst sind Sachen und Rechte, die vom Kunden vor Entstehen des Pfandrechts für die Durchführung eines bestimmten Auftrags gewidmet wurden, wie z. B. Beträge für die Einlösung eines bestimmten Schecks oder Wechsels sowie zur Ausführung einer bestimmten Überweisung. Dies gilt jedoch nur so lange, als die Widmung aufrecht ist.

(2) Das Kreditinstitut wird unbeschadet des bestehenden Pfandrechts Dispositionen des Kunden zugunsten Dritter über Guthaben auf Girokonten durchführen, solange dem Kunden keine Mitteilung des Kreditinstituts über die Geltendmachung des

threatens to deteriorate or if the collateral available has deteriorated in value or threatens to deteriorate.

(2) This shall also apply if no collateral was required at the time the claims came into existence.

B. Bank's Lien

1. Scope and Establishment

Section 48. (1) The customer shall grant the bank a lien for claims on any items and rights that with the customer's consent come into the bank's possession in connection with any transaction entered into with the bank.

(2) In particular, the lien shall also exist on all distrainable claims of the customer vis-à-vis the bank, such as credit balances. If securities are subject to the lien, the lien shall also extend to the interest and dividend coupons pertaining to such securities.

Section 49. (1) The lien shall secure the bank's claims vis-à-vis the customer under the business relation, even if the claims are conditional or limited in terms of time or not yet due. If the customer is an entrepreneur, the lien shall likewise secure the bank's legal claims and claims against third parties for whose contractual performance the customer is liable.

(2) The lien shall come into existence when the bank takes possession of the item to the extent claims pursuant to subsection (1) exist, otherwise at any future point in time when such claims arise. This being subject to the exemption from the lien as stated in section 50. (1).

3. Exemptions from the Lien

Section 50. (1) The lien shall not include items and rights that have been assigned by the customer to a certain order prior to the establishment of the lien, such as amounts earmarked for the cashing of a certain cheque or honouring of a certain bill of exchange as well as for the execution of a certain transfer. However, this shall apply only as long as the earmarking is effective.

(2) Notwithstanding the existing lien, the bank shall carry out dispositions for the customer regarding credit balances on current accounts in favour of third parties as long as the customer has not received a notification from the bank on the assertion of the lien.

Pfandrecht zugegangen ist. Eine Pfändung des Guthabens gilt nicht als Disposition des Kunden.

(3) Das Pfandrecht erstreckt sich weiters nicht auf Vermögenswerte, die der Kunde vor Entstehen des Pfandrechts dem Kreditinstitut als Treugut schriftlich offengelegt hat oder die ohne den Willen des Kunden in die Innehabung des Kreditinstituts gelangt sind.

C. Freigabe von Sicherheiten

Z 51. Auf Verlangen des Kunden wird das Kreditinstitut Sicherheiten freigeben, soweit es an diesen kein berechtigtes Sicherungsinteresse hat.

D. Verwertung von Sicherheiten

1. Verkauf

Z 52. Sicherheiten, die einen Markt- oder Börsenpreis haben, wird das Kreditinstitut nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen durch Freihandverkauf zu diesem Preis verwerten.

Z 53. Sicherheiten, die keinen Markt- oder Börsenpreis haben, wird das Kreditinstitut von einem Sachverständigen schätzen lassen. Das Ergebnis der Schätzung wird das Kreditinstitut dem Kunden zusammen mit der Aufforderung mitteilen, binnen angemessener Frist einen Kaufinteressenten namhaft zu machen, der auch innerhalb dieser Frist zumindest den ermittelten Schätzwert als Kaufpreis an das Kreditinstitut bezahlt. Wird vom Kunden innerhalb der Frist kein Kaufinteressent namhaft gemacht bzw. der Kaufpreis vom namhaft gemachten Interessenten nicht bezahlt, ist das Kreditinstitut unwiderruflich berechtigt, die Sicherheit im Namen des Kunden zumindest zum Schätzwert zu verkaufen. Der Verkaufserlös dient der Tilgung der besicherten Forderungen, ein allfälliger Überhang steht dem Kunden zu.

2. Exekution und außergerichtliche Versteigerung

Z 54. Das Kreditinstitut ist auch berechtigt, die Sicherheit exekutiv zu verwerten oder – soweit sie keinen Markt- oder Börsenpreis hat – außergerichtlich versteigern zu lassen.

3. Einziehung

Z 55. (1) Das Kreditinstitut darf die ihm als Sicherheit bestellten Forderungen aller Art (einschließlich der in Wertpapieren verbriefen) bei Fälligkeit der besicherten Forderung kündigen und einziehen. Vorher ist die Einziehung der als Sicherheit dienenden Forderung bei deren Fälligkeit zulässig. Bei drohendem Wertverlust der als

Distrainment of the credit balance shall not be considered a disposition by the customer.

(3) The lien shall not include assets which the customer has disclosed to the bank in writing as escrow assets prior to the establishment of the lien or which have come into the possession of the bank without the customer's intent.

C. Release of Collateral

Section 51. Upon the customer's request the bank shall release collateral to the extent that it has no justified interest in retaining it as security.

D. Realisation of Collateral

1. Sale

Section 52. Collateral having a market price or stock exchange price shall be realised by the bank in compliance with the relevant statutory provisions by selling them at such price in the open market.

Section 53. The bank shall have assessed by an expert collateral having no market price or stock exchange price. The bank shall notify the customer of the result of the assessment and at the same time ask the customer to nominate a party interested in purchasing the same within a reasonable period of time who will pay the assessed value as purchase price to the bank within such period. If the customer fails to nominate an interested party within such period or if the purchase price is not paid by the interested party nominated, the bank shall irrevocably be entitled to sell the collateral in the name of the customer for not less than the assessed value. The proceeds from the sale shall be used for redemption of the secured claims, with the customer being entitled to the surplus, if any.

2. Realisation and Out-of-Court Auction

Section 54. The bank shall also be entitled to realise the collateral by enforcement or - to the extent it has no market price or stock exchange price - to sell it at an out-of-court auction.

3. Collection

Section 55. (1) The bank shall be entitled to terminate and collect the claims provided to it as security (including securities) at the time the secured claim becomes due. Prior thereto it shall be entitled to collect the claim serving as collateral when it becomes due. In case of an imminent loss in value of the claim serving as collateral the bank shall be

Sicherheit dienenden Forderung ist deren Kündigung selbst vor ihrer Fälligkeit zulässig. Der Kunde ist davon nach Möglichkeit vorweg zu informieren. Vor Fälligkeit der besicherten Forderung eingezogene Beträge treten als Pfand an die Stelle der eingezogenen Forderung.

(2) Die Bestimmungen des Absatz (1) gelten nicht für Lohn- und Gehaltsforderungen von Verbrauchern, die als Sicherheit für noch nicht fällige Forderungen bestellt wurden.

4. Zulässigkeit der Verwertung

Z 56. Selbst wenn der Erwerber den Kaufpreis nicht sofort bar zahlt, ist die Verwertung der Sicherheit durch das Kreditinstitut dennoch zulässig, sofern kein oder kein gleichwertiges Angebot mit sofortiger Barzahlung vorliegt und die spätere Bezahlung gesichert ist.

E. Zurückbehaltungsrecht

Z 57. Das Kreditinstitut kann ihm obliegende Leistungen an den Kunden wegen aus der Geschäftsverbindung entstandener Ansprüche zurückbehalten, auch wenn sie nicht auf demselben rechtlichen Verhältnis beruhen. Die Z 49. und 50. gelten entsprechend.

VII. AUFRECHNUNG UND VERRECHNUNG

A. Aufrechnung

1. Durch das Kreditinstitut

Z 58. (1) Das Kreditinstitut ist berechtigt, zwischen sämtlichen Ansprüchen des Kunden, soweit sie pfändbar sind, und sämtlichen Verbindlichkeiten des Kunden ihm gegenüber aufzurechnen.

(2) Das Kreditinstitut wird unbeschadet des bestehenden Aufrechnungsrechts Dispositionen des Kunden zugunsten Dritter über Guthaben aus Girokonten durchführen, solange dem Kunden keine Aufrechnungserklärung zugegangen ist. Eine Pfändung des Guthabens gilt nicht als Disposition des Kunden.

2. Durch den Kunden

Z 60. Der Kunde, der Verbraucher ist, ist nur dann berechtigt, seine Verbindlichkeiten durch Aufrechnung aufzuheben, wenn das Kreditinstitut zahlungsunfähig ist oder die Forderung des Kunden in Zusammenhang mit seiner Verbindlichkeit steht oder gerichtlich festgestellt oder vom Kreditinstitut anerkannt worden ist. Der Kunde, der Unternehmer ist, verzichtet hiermit auch in diesen Fällen unbedingt

entitled to terminate the same already prior to the same becoming due. To the extent possible the customer shall be informed thereof in advance. Amounts collected prior to the due date of the secured claim shall serve as pledge instead of the claim collected.

(2) The provisions under section (1) shall not apply to wage and salary claims of consumers which have been provided as security for claims not yet due.

4. Admissibility of Realisation

Section 56. Even if the purchaser does not immediately pay the purchase price in cash, the bank shall be entitled to realise the collateral nevertheless to the extent no or no equivalent offer for immediate payment in cash has been made and payment at a later point in time is secured.

E. Right of Retention

Section 57. The bank shall be entitled to retain services to be rendered by it to the customer due to claims arising out of the business relationship even if they are not based on the same legal relationship. Sections 49. and 50. shall apply accordingly.

VII. OFFSETTING AND CREDITING

A. Offsetting

1. By the Bank

Section 58. (1) The bank shall be entitled to offset all of the customer's claims to the extent that they are distrainable against all liabilities of the customer vis-à-vis the bank.

(2) Notwithstanding the existing right to offset the bank shall carry out dispositions of the customer in favour of third parties regarding credit balances on current accounts as long as the customer has not received an offsetting statement. Distrain of the credit balance shall not be considered a disposition by the customer.

2. By the Customer

Section 60. A customer who is a consumer is entitled to cancel his liabilities through set off only if the bank is insolvent or the claim of the customer is legally related to his liability or the claim of the customer has been established by a court or acknowledged by the bank. A customer who is an entrepreneur hereby unconditionally and irrevocably waives also in these cases his right to cancel his liabilities through set off.

und unwiderruflich darauf, seine Verbindlichkeiten durch Aufrechnung aufzuheben.

B. Verrechnung

Z 61. Das Kreditinstitut kann abweichend von den Bestimmungen des § 1416 ABGB Zahlungen zunächst insoweit auf Forderungen des Kreditinstituts anrechnen, als für diese keine Sicherheit bestellt wurde oder der Wert der bestellten Sicherheit die Forderungen nicht deckt. Dabei ist es ohne Bedeutung, wann die Fälligkeit der einzelnen Forderungen eingetreten ist. Dies gilt auch im Rahmen eines Kontokorrentverhältnisses.

BESONDERE GESCHÄFTSARTEN

I. HANDEL IN DEISEN UND VALUTEN

A. Art der Durchführung

Z 62. Über Deisen und Valuten schließt das Kreditinstitut mit dem Kunden einen Kaufvertrag ab. Wird vereinbart, dass das Kreditinstitut als Kommissionär für den Kunden tätig wird, gelten die für das Kommissionsgeschäft im Abschnitt über den Handel in Wertpapieren getroffenen Regelungen sinngemäß. Ein allfälliger Selbsteintritt bedarf keiner ausdrücklichen Anzeige gemäß § 405 UGB.

B. Termingeschäfte

Z 63. (1) Bei Termingeschäften kann das Kreditinstitut vom Kunden angemessene Zeit vor der Fälligkeit den Nachweis dafür verlangen, dass die vom Kunden geschuldete Leistung fristgerecht auf dem vereinbarten Konto einlangen wird. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, oder steht aufgrund anderer Umstände fest, dass der Kunde seine Verpflichtungen nicht erfüllen wird, ist das Kreditinstitut berechtigt, auch schon vor der vereinbarten Fälligkeit zum bestmöglichen Kurs ein Glattstellungsgeschäft abzuschließen.

(2) Das Kreditinstitut ist – auch ohne vorherige Vereinbarung – berechtigt, eine Deckung für das Verlustrisiko zu verlangen, wenn sich dieses Risiko nach fachkundiger Beurteilung erhöht oder die Vermögenslage des Kunden verschlechtert hat. Die Deckung ist mangels anderer Vereinbarung in Geld zu erlegen. An den zur Deckung erlegten Werten besteht ein Pfandrecht zugunsten des Kreditinstituts. Wird die Deckung nicht erlegt, ist das Kreditinstitut berechtigt, zum bestmöglichen Kurs ein Glattstellungsgeschäft abzuschließen.

B. Credit

Section 61. Notwithstanding the provisions of section 1416 Austrian General Civil Code (ABGB) the bank may initially credit payments to accounts payable to the bank to the extent that no collateral has been provided for the same or if the value of the collateral provided does not cover the claims. In doing so it shall be irrelevant at what time the individual claims become due. The same shall apply to a current account relationship.

SPECIAL TYPES OF BUSINESS TRANSACTIONS

I. TRADE IN FOREIGN EXCHANGE AND FOREIGN CURRENCY

A. Type of Execution

Section 62. The bank shall conclude a purchase agreement with the customer on foreign exchange and foreign currency. If it is agreed that the bank acts as commission agent for the customer, the provisions on commission transactions contained in the section on trade in securities shall apply accordingly. In case the bank contracts in its own name no express notification pursuant to section 405 Austrian Commercial Code (UGB) shall be required.

B. Forward Transactions

Section 63. (1) In case of forward transactions, the bank shall be entitled to demand evidence on the fact that the amount owed by the customer will be received in the agreed account in time from the customer at a reasonable date before the due date. If such evidence is not provided or if due to other circumstances it is obvious that the customer will not fulfil his/her obligations, the bank shall be entitled to conclude a closing transaction at the best possible price prior to the agreed due date.

(2) Even without prior agreement, the bank shall be entitled to demand coverage for the risk of loss if according to an expert's opinion such risk has increased or if the customer's assets situation has deteriorated. Unless otherwise agreed, coverage shall be provided in cash. The bank shall hold a lien on the assets deposited as coverage. If the customer fails to provide coverage, the bank shall be entitled to conclude a closing transaction at the best possible price.

(3) If the bank concludes a closing transaction pursuant to subsections (1) or (2), any resulting price difference shall be debited or credited to the

(3) Tätigt das Kreditinstitut gemäß Absatz (1) oder (2) ein Glattstellungsgeschäft, so geht eine dabei entstehende Kursdifferenz zulasten bzw. zugunsten des Kunden. Alle auflaufenden Spesen trägt der Kunde.

2. Durch den Kunden

Z 59. (1) Der Kunde, der Verbraucher ist, ist nur dann berechtigt seine Verbindlichkeiten durch Aufrechnung aufzuheben, wenn das Kreditinstitut zahlungsunfähig ist oder die Forderung des Kunden in Zusammenhang mit seiner Verbindlichkeit steht oder gerichtlich festgestellt oder vom Kreditinstitut anerkannt worden ist. Der Kunde der Unternehmer ist, verzichtet hiermit auch in diesen Fällen unbedingt und unwiderruflich darauf, seine Verbindlichkeiten durch Aufrechnung aufzuheben.

II. FREMDWÄHRUNGSKREDITE

Z 60. Fremdwährungskredite sind effektiv, das heißt in der Währung zurückzuzahlen, in der sie das Kreditinstitut gegeben hat. Das Kreditinstitut ist auch berechtigt, einen in fremder Währung aushaftenden Schuldsaldo unter Anzeige an den Kunden in inländische Währung umzuwandeln, wenn der Kredit zur Gänze zur Rückzahlung fällig ist und trotz Mahnung nicht zurückgeführt wird. Dies gilt in Geschäftsbeziehungen mit Unternehmer darüber hinaus, wenn - sich durch die Kursentwicklung der fremden Währung das Kreditrisiko erhöht und das Kreditinstitut innerhalb angemessener Frist keine ausreichende Sicherstellung erlangt oder - aufgrund gesetzlicher oder anderer vom Kreditinstitut nicht zu vertretender Umstände eine Refinanzierung in der fremden Währung nicht mehr möglich ist.

III. INKASSO UND DISKONTGESCHÄFT, WECHSEL- UND SCHECKVERKEHR

A. Anwendungsbereich

Z 61. Diese Bedingungen gelten für Wechsel, Schecks und sonstige Einzugspapiere (wie kaufmännische Anweisungen und Verpflichtungsscheine).

B. Inkasso oder Ankauf

Z 62. Derartige Papiere werden vom Kreditinstitut grundsätzlich zum Inkasso hereingenommen, außer es wurde deren Ankauf (Diskontierung) vereinbart.

C. Rechtzeitigkeit der Aufträge

customer, respectively. Any and all expenses incurred in connection therewith shall be borne by the customer.

2 By the Customer

Section 59. (1) The customer who is a consumer is only entitled to cancel his liabilities by offsetting if the bank is insolvent or the customer's claim is related to his liability or has been determined by a court or recognized by the bank. The customer who is the entrepreneur hereby unconditionally and irrevocably waives in these cases to cancel his liabilities by offsetting.

IV. FOREIGN CURRENCY LOANS

Section 60. Foreign currency loans shall be paid back in the currency in which they were granted by the bank. The bank shall furthermore be entitled to convert an outstanding debit balance in a foreign currency into Austrian currency upon notification of the customer if the loan is due for repayment in its entirety and not repaid despite a reminder. This shall furthermore be applicable in business relationships with entrepreneurs if - the credit risk increases due to the price development of the foreign currency and if the bank does not receive sufficient security within a reasonable period of time or - pursuant to statutory or other circumstances for which the bank is not responsible, refinancing in the foreign currency is no longer possible.

III. COLLECTION, DISCOUNT BUSINESS, BILL OF EXCHANGE AND CHEQUE OPERATIONS

A. Scope of Application

Section 61. These terms and conditions shall apply to bills of exchange, cheques and other collection documents (such as commercial instructions and certificates of obligation).

B. Collection or Negotiation of Documents

Section 62. Generally, such documents shall be accepted by the bank for collection unless negotiation (discounting) of the same has been agreed upon.

C. Timeliness of Orders

Z 63. Aufträge zum Inkasso müssen so rechtzeitig eingehen, dass sie im regelmäßigen Geschäftsgang ohne Zuhilfenahme von besonderen Eilmitteln ausgeführt werden können.

D. Rechte und Pflichten des Kreditinstituts

Z 64. Im Falle der Diskontierung kann das Kreditinstitut in den in Z 41. (2) und (3) genannten Fällen den Verkäufer mit dem vollen Nominalbetrag zuzüglich aller dem Kreditinstitut angefallenen Spesen belasten; bei auf fremde Währung lautenden Papieren trägt der Kunde auch das Kursrisiko.

Z 65. In diesen Fällen sowie bei Rückbelastung von „Eingang vorbehalten“-Gutschriften (Z 41.) verbleiben dem Kreditinstitut die wertpapierrechtlichen Ansprüche auf Zahlung des vollen Betrages mit Nebenforderungen gegen den Kunden und jeden aus dem Papier Verpflichteten bis zur Abdeckung eines aus einer solchen Rückbelastung entstandenen Schuldsaldos.

Z 66. Das Kreditinstitut kann vom Kunden die Übertragung der dem Papier oder seinem Erwerb durch den Kunden zugrunde liegenden Forderung sowie aller gegenwärtigen und zukünftigen Rechte aus den zugrunde liegenden Geschäften einschließlich der damit zusammenhängenden Sicherheiten verlangen. Das Kreditinstitut braucht bei ihm zahlbar gestellte Papiere nur einzulösen, wenn ein Auftrag des Kunden rechtzeitig eingegangen und hinreichende Deckung vorhanden ist.

Section 63. Orders for collection shall be received so much in advance that they may be carried out in the ordinary course of business without making use of special means of express handling.

D. Rights and Obligations of the Bank

Section 64. In case of discounting as defined under section 41. (2) and (3) the bank shall be entitled to debit the seller with the full nominal amount plus all expenses incurred by the bank; in case of documents denominated in foreign currency the customer shall also bear the exchange risk.

Section 65. In the events stated above as well as in case of redebits of "subject to collection" credits (section 41.) the claims under security law for payment of the full amount plus ancillary expenses vis-à-vis the customer and any party obligated under the document shall remain with the bank until coverage of the debit balance resulting from such redebit.

Section 66. The bank may demand from the customer that the receivable on which the document or acquisition of the same by the customer is based as well as all present and future rights arising from the underlying transactions including the collateral pertaining thereto be transferred. The bank shall only be obliged to cash documents which are due for payment with it if it has received an order from the customer in time and if sufficient coverage is available.